

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 201 · 17. JAHRGANG · AUSGABE 10/2011 VOM 11. OKTOBER 2011 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Die Grenzen
der Trassenoptimierung**
Vor-Ort-Termin zur 380-kV-Leitung

9 | **Nachhaltig in die Pleite
Trauerfall HOKAWA**
Weder ökologisch noch ökonomisch

13 | **Die Eberswalder Linken
wollen sich neu organisieren**
Bald nur noch zwei Basisgruppen?

Die Ratten (k)entern das libysche Schiff

Die EU und die USA sind mit über 200 Milliarden Euro an Libyen verschuldet. Die bankrotten USA und die kriselnde EU hätten diese Schulden nicht zurückzahlen können. Früher haben europäische Fürsten, Könige und Kaiser, wenn sie bei jüdischen Geldgebern zu hoch verschuldet waren, Pogrome organisiert, die Ghettos niederbrennen, ihre Gläubiger ermorden, sie auf Scheiterhaufen als »Christusmörder« verbrennen lassen und die Schuldscheine gleich mit. Und damit gedroht, die jüdischen Gemeinden unbeschützt dem »Volkszorn« auszuliefern... Mit der Bombardierung Libyens wollten sich die USA wie die führenden EU-Staaten einen ihrer größten Gläubiger vom Hals schaffen.

Diese Thesen vertrat und belegte am 22. September der jugoslawische Botschafter a.D. und außenpolitische Berater des ehemaligen jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević, Vladimir Kršljanin bei einer Veranstaltung des Bundesverbandes der FREIDENKER in Frankfurt/Main. Er schilderte die aktuelle Lage in Libyen und zeigte die Parallelen zwischen der gegenwärtigen NATO-Aggression gegen Libyen und der NATO-Aggression gegen Jugoslawien von 1999 auf. Vladimir Kršljanin analysierte die Rolle des Libyen-Krieges im Kontext der zunehmenden Verschärfung der internationalen Beziehungen. So auch das Verhalten der beiden Sicherheitsratsmitglieder Rußland und China. Bei den aktuellen Kriegen im nahen Osten und bei den drohenden Angriffen auf Syrien ginge es der NATO um die Vertreibung Rußlands und Chinas aus dem Mittelmeer-Raum, den Nahen Osten und Afrika. So sei Syrien das einzige Land in diesem Raum, in dem Rußland über Militärstützpunkte verfüge.

Syrien drohe als nächstes »befreit« zu werden. Im Visier läge auch noch Algerien, das aber zu gute Abwehrmechanismen/Methoden gegen den von USA gesteuerten »Islamismus« entwickelt habe. Es ginge langfristig um eine Umzinglung und die Vorbereitung eines Krieges gegen Rußland und in Verlängerung auch gegen die VR China, die beide sehr stark in Libyen engagiert waren.

Unabhängig von den strategischen Plänen gegen ihre größten Konkurrenten, die in diesem Krieg empfindliche Verluste »einstecken« muß-

ten (Anlagen, Immobilien, Förderkonzessionen, Industrieaufträge etc.), ginge es beim Überfall auf Libyen um die Rekolonialisierung Gesamt-Afrikas.

Zu Jahresbeginn 2011 stand die Afrikanische Union kurz vor der Einrichtung einer afrikanischen Entwicklungsbank, die große Teile Afrikas unabhängig von der Weltbank und dem IWF gemacht hätte, finanziert zum größten Teil mit libyschen Geldern aus den Öl-Gewinnen. Der Sitz dieser Entwicklungsbank sollte in Libyen sein. Geplant war außerdem eine afrikanische Leitwährung auf Goldbasis, die GoldLyra, die u.a. auch das Öl-Geschäft von Dollar und Euro abgekoppelt hätte.

In Ergänzung zur Schilderung der Geschichte der libysch-jugoslawisch-syrischen Beziehungen berichtete Kršljanin über den traditionellen Austausch von wissenschaftlich-technischen Fachkräften, Studenten, Ärzten, medizinischem Personal, sowie der Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet zwischen Libyen und Jugoslawien. Es kämpften in den Reihen der libyschen Armee viele serbische Soldaten, Offiziere und Freiwillige, die sich aus den umkämpften serbischen Industrieanlagen in die Armee gerettet haben. Viele serbische Fachleute, Ingenieure, die sich schützend vor ihre schwarzen Kollegen gestellt hatten, sind von den Banghasi-Banditen liquidiert worden. Es gab systematische Jagd auf serbische und russische Zivilisten, die als »Ghaddafi-Söldner« gelten und ermordet werden.

HARTMUT BARTH-ENGELBART (HaBE)

Bundesweite Aktion »Bundeswehr raus aus Afghanistan«

Eberswalde (dl/bbp). Am 7. Oktober jähren sich der Jahrestag des Afghanistankrieges und damit auch die deutsche Zustimmung zu diesem Krieg zum zehnten mal (Foto: Eberswalder Friedensdemo im Oktober 2001). Aus diesem Anlaß forderten die LINKEN auf dem Eberswalder Marktplatz den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Mit einem Info-Stand, bei dem u. a. Fotos vom Leid der afghanischen Bevölkerung im Gefolge des Krieges präsentiert wurden, machten die Genossen, darunter die Landtagsabgeordnete Margitta Mächtigt, auf die zu erwartenden Folgen aus der weiteren Verlängerung des Kriegseinsatzes deutlich.

Bereits am Vortag hatten die LINKEN in Bernau gegen den Afghanistankrieg protestiert. Mit diesen Aktionen reihte sich DIE LINKE. Barnim in bundesweite Proteste in diesen Tagen gegen das fortgesetzte Töten am Hindukusch ein. Nebenbei unterstützte sie dabei Klaus H. Jann aus dem rheinischen Wülfrath mit seiner Wette, bis zum 20. Oktober in 250 Städten und Gemeinden Aktionen für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan zu initiieren. Als Siegprämie verpflichtet sich der Wettpartner, jeweils 10 Euro für die Aktion »Milch für Kubas Kinder« zu spenden.



Auf dem HOLZweg

Zwar gab es seit der ersten Absichtserklärung des Landrates einige Änderungen, aber die Zielrichtung ist geblieben: Der Landkreis soll das insolvente HOKAWÉ kaufen. Es braucht nur noch die »Weiterführung der Prüfung der Möglichkeiten zum Erwerb...« Die kritischen Stimmen wurden etwas beruhigt. Der Landrat hat erst einmal freie Fahrt.

Schon in der Einwohnerfragestunde konfrontierte Bernd Pomraenke den Landrat mit der Aussage, daß mit der Ausrichtung Fernwärme kein rentabler Betrieb des HOKAWÉ möglich ist. Auch gäbe es keine Nullemission bei der Holzverbrennung. Allein der Holztransport verursache CO₂-Ausstoß. Außerdem sollte der Landrat sagen, welche Fernwärmepreise für die Mieter dabei herauskämen. Ihre erklärte, Holz als nachwachsender Energieträger wäre die CO₂-günstigste Variante. Sie sichere Preisstabilität für die Bürger und ermögliche eventuell auch Einsparungen. Konkrete Preise wollte oder konnte er nicht nennen.

In der Debatte brachte es der Kreistagsabgeordnete Madeja auf den Punkt: schon vor Beginn des HOKAWÉ war klar, daß dies ein Flop werden würde. Jeder Versuch des Schönredens, Studien und Expertisen seien »weggeworfenes Geld«. Linken-Fraktionsvorsitzende Margitta Mächtigt stellte in Frage, ob der Kauf des HOKAWÉ in die Erneuer.bar-Strategie passe und vermutete den Landrat auf dem Holzweg. Demgegenüber bezeichnete die SPD-Fraktionschefin Petra Bierwirth ein Gutachten als eine Bedingung für die notwendige Diskussion. Für sie ist Energieversorgung Daseinsvorsorge und Holz eine regenerative Energie. Sie brauche den externen Sachverstand.

Verwunderung dürfte die Haltung der Fraktion Grüne/Bündnis für ein demokratisches Eberswalde ausgelöst haben. Ich stellte von Beginn an kritische Fragen zum Projekt und trug eine Vielzahl von Gegenargumenten vor. In einer Fraktionssitzung der Grünen/BdE wurde der beabsichtigte Kauf des HOKAWÉ für falsch gehalten. Allerdings trugen die grünen Fraktionsmitglieder den von mir erarbeiteten Entwurf einer Stellungnahme zur Kreistagsvorlage nicht mit. Im Namen der Fraktion erklärte Jochen Bona im Kreistag die Zustimmung. Während ich mit nein stimmte, votierten die übrigen Fraktionsmitglieder mit ja.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde ein alternatives Konzept der städtischen Wärmeversorgung mit Nahwärme diskutiert. Setzt sich dieses Projekt durch, fehlt dem HOKAWÉ der Fernwärmeabsatz. Eine Vorlage von SPD und Dr. Mai zur Unterstützung des HOKAWÉ-Erwerbs wurde zunächst zurückgezogen.

Inzwischen wurde bekannt, daß auch das Howe Holzwerkstoffe Eberswalde insolvent ist. Damit sinken die Chancen für eine erfolgreiche Sanierung des HOKAWÉ. Irgendwie ist in der Sache der HOLZWurm drin.

ALBRECHT TRILLER

Kolloquium um Heimathistoriker:

Rudolf Schmidt und der Faschismus

Eberswalde (bbp). Als die »Barnimer Bürgerpost« im Januar auf die Nazivergangenheit des Heimatforschers Rudolf Schmidt aufmerksam gemacht und in dem Zusammenhang die Vergabe einer nach Schmidt benannten Medaille kritisch beleuchtet hatte, stieß das im »Verein für Heimatkunde zu Eberswalde« auf wenig Gegenliebe. Der Verein hatte die Medaille mit finanzieller Unterstützung durch den Landkreis Barnim und die Stadt Eberswalde gestiftet und die ersten davon im Oktober 2010 an verdienstvolle Vereinsmitglieder verliehen. »Bürgermeister Friedhelm Boginski, selbst Vereinsmitglied, ließ es sich nicht nehmen, die ersten Ehrungen vorzunehmen«, vermeldete damals die lokale Tageszeitung. Boginski, so wird erzählt, soll sich sehr echauffiert haben, als er von den Nazi-Zusammenhängen Schmidts erfuhr.

Die Vereinsmitglieder indes überließen sich nicht dem Frust, sondern reagierten als Historiker. Am 18. Oktober lädt der Heimatkundeverein um 19 Uhr zu einem Kolloquium in die Aula der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH) in der Friedrich-Ebert-Straße (Eingang vom Kienwerder) ein. Das Thema: »Als Kreishistoriker verstrickt im Natio-

nalsozialismus? Rudolf Schmidt und seine Publikationen in der NS-Zeit«.

Fünf Kurzvorträge stehen auf dem Programm. Dr. Thomas Schaarschmidt, vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam spricht zur »Heimatabewegung und Heimat-Propaganda im Nationalsozialismus«, während Dr. Klaus Neitmann, Direktor des Brandenburgischen Landesarchivs Potsdam die »Historische Kommissionen und Vereine zur brandenburgischen Landesgeschichte in der NS-Zeit« anhand der Willy Hoppe und Johannes Schultz ins Visier nimmt. Die Vereinsvorsitzende Ingrid Fischer und der Leiter des Schlosses Freienwalde Dr. Reinhard Schmook berichten »Aus der Reichsschrifttumskammerakte Rudolf Schmidts im Bundesarchiv Berlin« und »zur Publikationstätigkeit Rudolf Schmidts zwischen 1933 und 1943«. Schließlich analysiert Dr. Klaus Rohlfien vom Verein für Heimatkunde zu Eberswalde das Kapitel »Im Dritten Reich« in Rudolfs Schmidts »Geschichte der Stadt Eberswalde«, Band 2.

Anschließend haben die Kolloquiumsbesucher Gelegenheit zur Diskussion. Moderiert wird die Veranstaltung von dem Hamburger Publizisten und Autor Dr. Malte Herwig.

NPD hält an Biesenthal fest

Biesenthal (rtb). Auf einer Informationsveranstaltung am 22. September im Kulturbahnhof Biesenthal ging es im Rahmen der »Antifaschistischen Informationswochen« um die Naziszene im Barnim. Dabei wurde deutlich, daß es zur Zeit keine organisierte Kameradschaft im Barnim gibt und die aktiven DVUler im Rahmen der Parteifusion zur NPD gegangen sind. Obwohl die NPD dadurch als Sammelbecken für Kameradschaftler und DVUler fungiert, bleibt die Partei im Barnim schwach. Nur wenige bringen sich aktiv ein. Ob die NPD in Biesenthal nach dem Austritt von Mike Sandow überhaupt noch ein Mitglied hat ist unklar, aktiv ist zumindest niemand. Doch die NPD hält an

ihrem Objekt in der Erich-Mühsam-Straße fest. Im letzten Jahr fand dort ein Camp der neonazistischen »Gemeinschaft deutscher Frauen« (GDF) statt. Die GDF ist eine bundesweite der NPD nahestehende Frauenorganisation. Auch kleinere Veranstaltungen und Schulungen scheinen auf dem Objekt weiter stattzufinden. So soll es jeden ersten Freitag einen NPD-Stammtisch geben. In Biesenthal selber ist von dem Treiben auf dem NPD-Gelände nichts zu spüren. So erklärt sich wohl, daß von den 22 Teilnehmern der Informationsveranstaltung nur 6 aus Biesenthal kamen. Auf der Veranstaltung wurde auch eine neue Broschüre über die Barnimer Naziszene vorgestellt.

Ausstellung Farben – Freude

Im Bürgerzentrum DIE LINKE eröffnete die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann eine neue Ausstellung mit Malereien in Acryl und Öl des Bernauer Seniors Frank Gaethke, dem einen oder anderen bekannt durch seine fundierte Rentenberatung im Treff der Volkssolidarität Bernau-Süd. Gaethke, der sich erst mit 53 Jahren intensiver mit dem Malen beschäftigt, liebt kräftige Farben und zeigt sich experimentierfreudig. Letzteres in Bezug auf Untergründe. So fragte er sich, wie sich Acrylfarben auf verschiedenen Sandformen verhalten und probierte es aus. Das Ergebnis ist spannend und ansehenswert. Seine Motive findet er auf die unterschiedlichste Weise, sei es als

Momentaufnahme aus dem Fernsehen, sei es der Blick aus dem Fenster am Abend, und der gleich neun mal, oder aber auch die Ansicht eines besonderen Fotos. Niemals käme ihm in den Sinn, etwas zu kopieren – alles ist frei in sehr großen, aber auch ganz kleinen Bildern gestaltet. Gaethke mag es nicht, unter Druck zu malen, das eng seine Phantasien ein. Bei den Werken, die hier zu sehen sind, kann das nicht der Fall gewesen sein, war das Publikum einhellig der Meinung. Die Ausstellung ist bis zum 11. November 2011 zu den üblichen Bürozeiten Mo, Die, Do, Fr 9 bis 17 Uhr zu besichtigen. Der Eintritt ist frei.

BÄRBEL MIERAU

Die Grenzen der Trassenoptimierung

Vor-Ort-Termin an der geplanten 380-kV-Freileitung durch das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin

Am 26. September trafen sich auf Einladung des Landesbergamtes Mitarbeiter von »50 Hertz Transmission«, Mitglieder der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom ...«, unterstützt vom ehemaligen Umweltminister und langjährigen Leiter des Biosphärenreservats Dr. Henne, und eine Vertreterin des Wirtschaftsministeriums, um über Probleme der Trassenführung der geplanten 380-kV-Freileitung vor Ort zu diskutieren und, so die Hoffnung des Wirtschaftsministeriums, zu einem Konsens über eine optimierte Freileitungsstrasse zu kommen.

Über Erdverkabelung, eine Forderung der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat«, die an allen Konfliktpunkten durch einen abwärts gerichteten gelben Pfeile symbolisiert wurde, war an diesem Tag nicht zu diskutieren, weil, so die Meinung des Wirtschaftsministeriums, dafür alle gesetzlichen Grundlagen fehlten. Daß es aber klare gesetzliche Grundlagen gibt, die die Errichtung einer Freileitung im Biosphärenreservat ausschließen, wird dabei geflissentlich übersehen. 50 Hertz Transmission setzt hier auf eine Ausnahmegenehmigung, als ob es bei der 380-kV-Freileitung um die Errichtung eines Carports oder die Fällung einer alten Linde an einer Straßenkreuzung ginge.

Die Erwartungen des Wirtschaftsministeriums, das war absehbar, wurden zwar enttäuscht, aber für die Mitarbeiterin des Wirtschaftsministeriums, die den Diskussionsprozeß moderierte, war dieser Tag doch ein Gewinn, weil ihr, die noch in Senftenhütte an die Möglichkeiten der Trassenoptimierung – das Versetzen von Masten ein wenig nach rechts oder doch mehr nach links – um das Dorfbild zu retten, geglaubt hatte, eines anderen belehrt wurde. Nicht durch Agitation der Freileitungsgegner, sondern einfach durch eigene Betrachtung der Trassenplanung vor Ort.

Auf dem Drebitzberg dämmerte ihr nämlich, daß man bereits im Raumordnungsverfahren gravierende Fehler bei der Trassenauswahl gemacht hatte und bei der Realisierung der 380-kV-Freileitung das hochwertige Landschaftsbild mit Maßnahmen der Trassenkosmetik nicht zu retten ist. Sie prognostizierte, daß die Aussichtsplattform des Drebitzbergs zu einer »Pilgerstätte aller Gegner der erneuerbaren Energien« werden würde. Hellsichtig schweifte ihr Blick durch die Masten der geplanten 380-kV-Freileitung über die drei Seen, den Serwester



See, den Rosinsee und den Parsteinsee zu den Windrädern nordöstlich von Angermünde. Ein Highlight für Technikfreaks. Tourismuswerbung der anderen Art. Das war einfach zuviel.

Als die Gruppe den Seen und Windrädern den Rücken kehrte, fiel ihr Blick auf eine Schar von ca. 150 Kranichen, die gerade zwischen Schmargendorf und Kleinziethen über die 110-kV-Freileitung ins Ziethener Seebruch einflogen. Es war strahlendes Wetter und die Freileitung war gut zu sehen, so daß es ohne Havarien abging, aber Dr. Henne war doch, als er dies sah, in seinem Element und erläuterte engagiert die Gefahren für die Vögel, die von einer 380-kV-Freileitung ausgehen, deren Masten mit denen der 110-kV-Freileitung nicht vergleichbar seien, denn sie sind doppelt so hoch und das Mastgestänge erstreckt sich, doppelt so breit, über 42 m. An der Blumberger Mühle

wurde den Mitarbeitern von 50 Hertz Transmission zwar noch ein paar Aufgaben zur Visualisierung und zur Trassenoptimierung in den Block diktiert, aber auch deutlich gesagt, daß die Erörterung der von Dr. Henne angesprochenen Thematik des Vogelschutzes noch ausstehe. Es könne gut sein, daß dies das Aus für die Trassenplanung bedeute, aber niemand wolle hier der Untersuchung vorgreifen.

»Die europäische Vogelschutzrichtlinie ist das schärfste Schwert der Umwelt- und Naturschutzverbände«, kommentierte ein Freileitungsgegner das Ergebnis dieses Vor-Ort-Besuchs. Die Gutachter, die die BI für diese Runde gewinnen konnte, stehen bereit. Das Schwert ist scharf und sie verstehen es zu führen.

Es bleibt dabei: Nicht über unsere Köpfe - keine 380-kV-Freileitung durchs Reservat und Wohngebiete!
HARTMUT LINDNER

und Weitsicht. Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zeigen, daß das Einspeisemodell in vielen Belangen, wie der Ausbaugeschwindigkeit, überlegen ist. Diese Länder stiegen dann auf das deutsche EEG-System um.

Was wir für den Umstieg in das postfossile und postatomare Zeitalter benötigen, ist eine dezentrale Stromerzeugung. Das wird durch Einspeisevorrang und garantierte Einspeisevergütung befördert. Es sind doch gerade die kleinen Unternehmen, die durch Innovationen und neuen technologischen Ideen wertvolle Beiträge dazu leisten, daß unsere Stromversorgung zukunftsweisend ausgebaut wird.

CORNELIA BEHM, MdB

Das Quotensystem ist veraltet

Die vom Bundespräsidenten für jeweils vier Jahre berufene Monopolkommission versteht sich als unabhängiges Beratungsgremium für die Bundesregierung auf den Gebieten der Wettbewerbspolitik und Regulierung. Im September beschäftigte sie sich mit der Wettbewerbssituation auf den Energiemärkten.

In einem Sondergutachten kommt die Monopolkommission zu dem Ergebnis, daß die Wettbewerbsbedingungen auf den Energiemärkten sich in den letzten zwei Jahren verbessert haben. Dies betrifft jedoch hauptsächlich die Endkundenebene, während auf der Erzeugerebene weiterhin große Defizite bestehen. Was die Integration von erneuerbaren Energi-

en in den Strommarkt anbelangt, widerspreche der Kommission ausdrücklich. Ein Systemwechsel weg vom Einspeisemodell hin zum Quotensystem wäre bloßer Klientelismus, da er die großen Stromkonzerne bevorzugen würde. Hier erwarte ich von der Monopolkommission als einem angeblich unabhängigen Beratergremium der Bundesregierung mehr Neutralität

Beteiligungsbericht bunter und inhaltsleerer

Eberswalde (bbp). Der Beteiligungsbericht der Stadt Eberswalde sollte, so hatten es die Stadtverordneten einst beschlossen, dem Stadtparlament bis zum 30. September vorgelegt werden. Auch in diesem Jahr hielt die Stadtverwaltung den Termin nicht ein. Und das, obwohl die entsprechende Informationsvorlage I/039/2011 auf den 14. Juli datiert ist. Erst jetzt liegt der Bericht dem Finanzausschuß vor, der am 13. Oktober tagt. Am 27. Oktober ist die Vorlage in der Stadtverordnetenversammlung.

Der Beteiligungsbericht ist gegenüber dem Vorjahr bunter geworden. Ob der Farbdruck den geringeren Informationsgehalt wettmachen kann, darf allerdings bezweifelt werden. Insbesondere die Lageberichte der Gesellschaften sind gegenüber dem Vorjahr stark verkürzt.

Die Stadt Eberswalde ist derzeit an fünf Gesellschaften unmittelbar beteiligt, darunter die beiden städtischen Eigengesellschaften WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH und die TWE Technische Werke Eberswalde GmbH, die der Stadt zu 100 Prozent gehören. Außerdem ist die Stadt mit 3,8 Prozent an der Krankenhausholding GLG Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH, mit 0,25 Prozent an der WITO Wirtschafts- und Tourismusentwicklungsgesellschaft mbH sowie mit 0,85 Prozent an der Brandenburgisch-Mecklenburgischen Elektrizitätswerke AG beteiligt. Über die TWE hält die Stadt zudem Mehrheitsanteile an der WFGE Wirtschaftsfördergesellschaft Eberswalde mbH (90,6 %) und über die WHG an der SSGE Solarstrom Eberswalde GmbH (90 %) und der MD Marketing- und Dienstleistungs GmbH Eberswalde (seit 2011: 100 %).

Im Jahr 2010 verbuchten die TWE einen Verlust von 601.000 Euro, nach 771.000 Euro und 2,9 Millionen Euro in den beiden Vorjahren. Während die Umsatzerlöse seit 2008 bis 2010 von 1,15 auf 1,46 Millionen Euro stiegen, unterliegen die »sonstigen betrieblichen Erträge« starken Schwankungen. Im Jahr 2009 lagen die hier verbuchten Erträge um rund eine Million Euro über denen der Jahre 2008 und 2010. Im aktuellen Beteiligungsbericht wird das nicht weiter erläutert. Erst ein Blick in den Bericht des Vorjahres klärt darüber auf, daß hier Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen einfließen. Daneben werden hier die Beträge aus der schrittweisen Auflösung der Investitionszuschüsse als Erlös verbucht.

Um die tatsächliche wirtschaftliche Situation der Gesellschaft bewerten zu können, müssen die Sondereinnahmen ebenso herausgerechnet werden, wie die Steuern auf die Erlöse aus dem Verkauf der Stadtwerkeanteile, die 2008 mit rund 1,1 Millionen Euro zu Buche schlugen. Diese Sondereinnahmen und -ausgaben abgerechnet, lagen die Verluste 2008 und 2009 jeweils bei 1,7 bis 1,8 Millionen Euro. Auch im Jahr 2010 verfälscht solch ein Sondereffekt das Jahresergebnis. Diesmal ist eine Steuererstattung von 1,1 Millionen Euro ein-



Mit rund 500.000 Euro pro Jahr trägt der Binnenhafen zu den Verlusten der Technischen Werke Eberswalde bei.

zubeziehen, so daß der Verlust auch 2010 letztlich wiederum bei etwa 1,7 Millionen Euro liegt. An Kassen- und Wertpapierbestand verfügten die Technischen Werke Ende 2010 etwa 13 Millionen Euro. Das reicht also für einen Verlustausgleich noch sieben bis acht Jahre.

Keinerlei Informationen enthält der Beteiligungsbericht über die Ergebnisse der einzelnen Teilbereiche der TWE. Im Vorjahresbericht waren wenigstens noch die Umsatzerlöse der einzelnen Sparten erwähnt. »Eine erhebliche Belastung«, heißt es im Bericht, »stellen das Sportzentrum mit seiner dauerhaften Verlustsituation« dar. Allerdings dürfte auch der Binnenhafen erheblich zu den Verlusten der TWE beitragen. Nach Ende der Baumaßnahmen am Oder-Havel-Kanal ging der Güterumschlag deutlich zurück.

Seitdem dürfte etwa mit einem Jahresverlust von rund einer halben Millionen Euro durch den Hafen zu rechnen sein. Inwieweit die In-

solvenz des HOKAWE negative Auswirkungen auf die Bilanz der TWE hat, ist nicht bekannt. Die Tochtergesellschaft WFGE schloß das Jahr 2010 mit einem formalen Gewinn von 83.000 Euro ab.

Für die WHG endete das Jahr 2010 mit einem Überschuß von 1,218 Millionen Euro gegenüber 0,5 Millionen Euro im Vorjahr. Der Gewinn 2010 resultiert vor allem aus neuen Bilanzierungsregelungen, wodurch Rückstellungen aufgelöst werden mußten. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit halbierte sich gegenüber dem Vorjahr auf knapp 0,5 Millionen Euro, obwohl die Mieteinnahmen 2010 um 811.000 Euro auf 25,162 Millionen Euro erhöht wurden, insbesondere durch Mieterhöhungen nach Neuvermietung, Modernisierung und »Anpassungen« gemäß Mietspiegel.

Die beiden WHG-Tochtergesellschaften schlossen das Jahr 2010 mit 600 Euro Gewinn (SSGE) und 204.000 Euro Verlust (MD) ab.

Weiteres Geschenk für die Finanzmafia

Auch der ausgeweitete Rettungsschirm wird weder den Euro, noch die EU retten. Im Gegenteil: Es werden weiterhin Milliarden von Steuergeldern verbrannt, um Bankprofite und Spekulationsgewinne zu sichern. Den Ländern, die Gelder aus dem Fonds erhalten, wird ein Rettungsring aus Blei zugeworfen. Die ökonomisch unsinnigen und sozial ungerechten Kürzungsprogramme treiben die Länder in die Rezession: Ihre Schulden werden weiter steigen. Daher hat DIE LINKE gegen die Ausweitung des Euro-Rettungsschirms gestimmt.

Wir fordern stattdessen, endlich die Verursacher und Profiteure der Krise zur Kasse zu bitten. Die Schuldenkrise und der wachsende private Reichtum sind zwei Seiten derselben Medaille. Das Vermögen der europäischen Millionäre und Multimillionäre beläuft sich auf über 10 Billionen Dollar, dem stehen 10 Billio-

nen Euro an Staatsschulden in der EU gegenüber. Durch eine Vermögensabgabe für Superreiche ließe sich die europäische Schuldenkrise überwinden.

Weiterhin müssen die Spekulanten an die Kette gelegt werden, indem die Staatsfinanzierung von den Kapitalmärkten abgekoppelt wird und die privaten Banken vergesellschaftet und strikt reguliert werden. Um die Ursachen der Krise anzugehen, brauchen wir eine koordinierte Wirtschaftspolitik in der EU, die vor allem auf den Abbau der hohen deutschen Exportüberschüsse zielt – über Mindestlöhne auch in Deutschland und mehr öffentliche Investitionen. Wer wirklich Ja zu Europa sagen will, muß den erweiterten Eurorettungsschirm ablehnen. Denn Europa wird sozial sein, oder es wird nicht sein.

SABINE STÜBER, MdB

Kontroverses zum Bürgerhaushalt 2012

Zum fünften mal gibt es in Eberswalde einen Bürgerhaushalt. Im September hatten die Stadtverordneten über die Vorschläge zu entscheiden. Der Versuch für mehr Bürgerbeteiligung war ein Neubeginn. Das Erreichte zu analysieren und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit zu ziehen, war auch in diesem Jahr nicht vorgesehen.

Eberswalde (at/bbp). Die Fraktion Die Fraktionslosen ließ deshalb den Punkt *»Ergebnisse und Erfahrungen der Arbeit mit dem Bürgerhaushalt...«* auf die Tagesordnungen des Finanzausschusses und der Stadtverordnetenversammlung (StVV) setzen. Zur StVV am 29. September wollte die Fraktion der Linken den Tagesordnungspunkt überraschend auf eine spätere Sitzung verschieben, weil es dazu großen Diskussionsbedarf gebe. Der *»Fraktionslosen«*-Vorsitzenden Albrecht Triller bestand jedoch auf dem Recht seiner Fraktion, die Behandlung eines Themas in der StVV zu verlangen, worauf die Linken ihren Antrag zur Änderung der Tagesordnung zurückzogen.

In der Einwohnerfragestunde beklagte Otto Baaz – er hatte seinerzeit den Anstoß für den Bürgerhaushalt gegeben – die völlig unbefriedigende Arbeit mit dem Bürgerhaushalt. In seiner Antwort darauf brachte auch Bürgermeister Friedhelm Boginski seine Unzufriedenheit zum Ausdruck. Anfang 2012 solle darüber im Finanzausschuß beraten werden, schlug er vor.

Den Bericht über *»Ergebnisse und Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt in der Stadt Eberswalde und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit«*, den die *»Fraktionslosen«* gefordert hatten, gab es nicht. Nur einen Verweis, daß die im Finanzausschuß begonnene Diskussion im Januar/Februar weitergeführt werden solle. Schon dort hatte Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff keine Anstalten gemacht, einen Bericht abzugeben. Erst nach Aufforderung machte er aus dem Stegreif einige Aussagen, die darin gipfelten: *»Geben Sie mir mehr Geld und mehr Personal, dann können wir auch mehr in Sachen*

Bürgerhaushalt machen«. Statt, *»mehr Personal und Geld einzusetzen«,* seien *»eine richtige Einstellung zum Bürgerhaushalt zu entwickeln und kluge Ideen einzubringen«,* hatte Triller entgegnet. *»Der Bürgerhaushalt hat keine Chance und keine Berechtigung, wenn er keine Nutzeffekte für die Stadt bringt. Es kann nicht darum gehen, Bürgerbeteiligung als Selbstzweck und demokratisches Alibi zu betreiben. Es geht vielmehr darum, die schöpferischen Potenzen der Bürger in die städtischen Entscheidungen einfließen zu lassen. Und es geht darum, über die Bürgerbeteiligung an der städtischen Planung mehr Bereitschaft der Bürger zum eigenen Engagement und zum Handeln für ihre Stadt zu entwickeln.«*

Bürgerhaushalt 2012

Eingegangen sind insgesamt 32 Vorschläge, von denen 15 von der Verwaltung als *»Bürgeranfragen«* gezählt wurden. Bleiben 17 Vorschläge. Von diesen wurden neun gänzlich abgewiesen. Vier Vorschläge werden eventuell langfristig realisiert. Die restlichen vier Vorschläge werden geprüft oder sind ohnehin bereits zur Realisierung vorgesehen. Tatsächlich ergeben sich aus der Annahme der Vorschläge keine Veränderungen des Investitionsplanes 2012 und damit weder ein erhöhter Mittelbedarf und noch eine Einsparung für das Haushaltsjahr 2012. Also kein Aufwand und kein Ergebnis. Eine ernüchternde Bilanz!

»Damit ist auch der Bürgerhaushalt 2012, wie in den Vorjahren, ein Flop – nicht mehr als ein schönes Aushängeschildchen und Feigenblatt. Bürgerbeteiligung sieht anders aus«, resümierte Triller. Er formulierte folgende Schlußfolgerungen:

»Eine erfolgreiche Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner an der Erarbeitung des Bürgerhaushaltes erfordert zunächst eine fundierte Information, die mit dem Verwaltungsentwurf nicht gegeben war. Was den Bürgern über die städtische Homepage angeboten wurde, wird dem Anliegen nicht gerecht. 45 Seiten, aber ohne die notwendigen Informationen über die Maßnahmen!

Notwendig wäre ferner ein Disput mit den Einwohnerinnen und Einwohnern über die Vorstellungen der Verwaltung zum Investitionsplan und die darin enthaltenen Maßnahmen (sinnvollerweise in Einwohnerversammlungen – am besten in den Ortsteilen). Statt Auflistung aller Investitionsmaßnahmen sollte eine Auswahl getroffen werden, nach Bedeutung und Diskussionsbedarf der Maßnahmen. Die Maßnahmen sollten gegliedert werden in gesamtstädtische Maßnahmen und Maßnahmen in den einzelnen Ortsteilen.

Die Bürger sollten nicht erst mit den fertigen Entwürfen konfrontiert, sondern schon in die Entwurfserarbeitung einbezogen werden. In einem Vorentwurf sollten Maßnahmen zur Auswahl benannt werden. Für jede Maßnahme sollte eine Kurzbeschreibung, für die Auswahlmaßnahmen zusätzlich eine Darstellung des Für und Wider gegeben werden. Für Auswahlmaßnahmen könnte eine Abstimmungsmöglichkeit im Internet gegeben werden.

Die Erwartung an die Bürger, daß sie Deckungsvorschläge für die Finanzierung benennen, kann nur abschreckend wirken und sollte fallen gelassen werden.

Nach den ersten fünf Jahren der Arbeit mit dem Bürgerhaushalt ist es an der Zeit, über weitere Felder der Bürgerbeteiligung in Form des Bürgerhaushaltes nachzudenken. So könnten Aufgaben des Verwaltungshaushaltes oder Teile davon zum Gegenstand gemacht werden. Denkbar sind auch von Jahr zu Jahr wechselnde Themen je nach Diskussionsbedarf mit den Bürgern. Entsprechend den neuen Überlegungen ist eine Überarbeitung der Satzung zum Bürgerhaushalt erforderlich.«

Der Bürgermeisters sagte daraufhin, er sehe die durchgeführten Einwohnerversammlungen als Informationen für den Bürgerhaushalt. Deckungsvorschläge seien in diesem Jahr nicht mehr gefordert worden. Den Mitarbeitern sei die Arbeit mit dem Bürgerhaushalt Herzenssache, auch wenn sie zuweilen unter der Last der Arbeit für den Bürgerhaushalt stöhnten. Das müsse auch von Triller anerkannt werden.

Zu einem faßbaren Ergebnis kam es nicht, aber immerhin zu der Erkenntnis, daß es künftig Veränderungen geben muß. Die Zukunft des Bürgerhaushalts scheint daher völlig offen. Dabei konnte Bellay Gatzlaff im TOP Informationen aus der Verwaltung darüber berichten, daß sich sogar ausländische Gäste für den Eberswalder Bürgerhaushalt interessierten. Unter Blinden ist der Einäugige eben König.

Einzelhandel in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Im Mai 2010 hatten die Eberswalder Stadtverordneten die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr I *»Strategische Steuerung des Einzelhandels«* beschlossen. Grundlage ist das Einzelhandel-Zentrenkonzept von 2007. Nicht im Plan enthalten sind die zentralen Bereiche von Eberswalde und Finow. In diese Bereiche gibt es keine Einschränkungen. Die Stadtteile Westend und Brandenburgisches Viertel gelten als Grund- und Nahversorgungszentren. Dort ist Einzelhandel mit *»nahversorgungsrelevanten Sortimenten«* allgemein, mit *»zentrenrelevanten Sortimenten«* ausnahmsweise zulässig. Eine solche Ausnahme gilt beispielsweise für den Bereich *»Heidewald«* im Brandenburgischen Viertel (Bebauungsplan Nr. 529). Außerhalb dieser vier *»zentralen Versorgungsbereiche«* (Finow, Innenstadt Eberswalde, Westend, Brandenburgisches Viertel) sind Einzelhandelsbetriebe mit zentrenrelevanten Sortimenten grundsätzlich unzulässig, wengleich

auch hier durchaus Ausnahmen die Regel bestätigen können, falls seitens der Entscheidungsgremien der entsprechende Wille vorliegen sollte. Ziel des Bebauungsplan ist es aber letztlich, den Wildwuchs der vergangenen zwei Jahrzehnte, als massenhaft Einkaufszentren auf der *»grünen Wiese«* entstanden, und damit erhebliche Konkurrenz für den innerstädtischen Einzelhandel, künftig mit baurechtlichen Instrumenten regulieren zu können. Zuletzt machte sich die Tendenz bemerkbar, wonach sich die Supermärkte entlang der Eberswalder Hauptverkehrsstraße konzentrieren und die wohngebietsnahen Stadtteilzentren verlassen.

Stimmen die Stadtverordneten am 27. Oktober zu, wird der Einzelhandelsplan zunächst öffentlich ausgelegt. Fristgerecht vorgebrachte Stellungnahmen sind der Stadtverordnetenversammlung zur Prüfung und Entscheidung vorzulegen. Mit der endgültigen Verabschiedung dürfte im Frühjahr 2012 zu rechnen sein.

»Jetzt geht's los!«

Eberswalde (prest-ew/bbp). Die Namensdiskussion für das geplante Bürgerbildungszentrum im Gebäude der einstigen Berufsschule in der Puschkinstraße sorgte in der lokalen Tagespresse über Monate für Schlagzeilen. Die Kostensteigerung von 5 auf 7,8 Millionen Euro ging dabei unter (BBP 7/2011). »Jetzt geht's los!«, teilt nun die städtische Pressestelle mit. »Für das größte städtische Bauvorhaben stehen insgesamt 7,88 Mio Euro zur Verfügung – Zuwendungen von der Europäischen Union, dem Bund und dem Land sowie dem Eigenanteil der Stadt.« Nochmals 80.000 Euro mehr.

Am 12. Oktober, 13 Uhr, fällt an der Puschkinstraße der offizielle Startschub für die Umsetzung von Eberswaldes größtem EFRE-Projekt (Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung). Der Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft Rainer Bretschneider wird an Bürgermeister Friedrich Boginski einen Zuwendungsbescheid über 3,6 Mio Euro überreichen.

»Ich freue mich sehr darüber«, sagt der Bürgermeister, »daß es nun losgeht und lade zu diesem Ereignis sehr herzlich alle Eberswalderinnen und Eberswalder ein, dabei zu sein. Ein weiterer historischer Moment für unsere Stadt, verbunden mit der Aufwertung der Innenstadt durch ein Haus, das generationsübergreifend genutzt werden wird.« Interessenten haben an diesem Nachmittag die letzte Gelegenheit, das seit 2007 leer stehende Haus in seinem Urzustand zu besichtigen.

Bis zur Schließung befanden sich hier Räume der ehemaligen Goetheschule mit dem Jugendklub »Stino«, in den Jahren nach 1990 das OSZ und zu DDR-Zeiten die Berufsschule. Die Stadtverwaltung bietet an diesem Tag Führungen durch das unter Denkmalschutz stehende, 1891/92 als Höhere Töchterschule errichtete Gebäude an.

Auch für einen Imbiß ist an diesem Tag der offenen Tür gesorgt. Zudem wird es an Ständen vor dem großen markanten Eingangsportale es jede Menge Informationen dazu geben, was sich künftig wo befinden wird. So werden zum Beispiel die Planungen für die neue städtische Kindertagesstätte als Anbau an das vorhandene Haupthaus und der neue Sitz der Stadtbibliothek vorgestellt.

Seit Frühjahr 2008 arbeiten Stadtverordnete und Stadtverwaltung gemeinsam an diesem Vorhaben. Das Berliner Planungsbüro, die Numrich Albrecht Klumpp Gesellschaft von Architekten GmbH, überzeugte schließlich nach einem europaweiten Wettbewerb und erhielt im Juli 2010 den Zuschlag für die Architektenleistungen. Weitere Aufträge sind zwischenzeitlich auch an Barnimer Büros und Unternehmen vergeben worden.

Geplant ist, das künftige Bürgerbildungszentrum mit einem Bürgertreff und Café sowie verschiedenen Bildungs- und Beratungsangeboten im Jahr 2013 an die Eberswalderinnen und Eberswalder zur Nutzung zu übergeben.

Untaugliches Trostpflaster

Eine gemeinsame Vorlage von den Linken und der Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim in der Stadtverordnetenversammlung gehört nicht zu den Alltäglichkeiten. Allerdings zeigte die Beschlußfassung, daß es zu dem Thema „Verlustausgleich für das Sportzentrum Westend“ (baff) durchaus ein noch größerer Konsens unter den Stadtverordneten vorhanden war. Die Fraktion Die Fraktionslosen konnte dem Vorschlag nicht folgen. Dazu der Fraktionsvorsitzende ALBRECHT TRILLER:

Das Anliegen der Vorlage, mit geeigneten Maßnahmen der drohenden Insolvenz der TWE zu begegnen, ist zu begrüßen. Es besteht sogar dringender Handlungsbedarf, denn es gilt, das Sportzentrum zu erhalten. Aber der Vorschlag, den TWE jährlich 100.000 Euro als Verlustausgleich zu zahlen ist untauglich. Das dient nur der Beruhigung und steht der tatsächlichen Ursachenbekämpfung im Wege.

Notwendig ist nicht ein Pflasterchen auf die Wunde der Sparte baff, sondern endlich ein Sanierungskonzept für die gesamte Firma TWE. Es ist mitnichten so, wie vom Aufsichtsratsvorsitzenden Passoke immer wieder behauptet, daß mit den Ausführungen des TWE-Geschäftsführers im Finanzausschuß hinreichend bewiesen wäre, daß ein Sanierungskonzept nichts an der Situation ändern könne. »Es gibt in Deutschland kein Bad, das schwarze Zahlen schreibt. Und das war von Anfang an klar und trotzdem haben wir das Bad gewollt«, so etwa die unqualifizierte Argumentation Passokes.

Ja, schon vor der Entscheidung zum Freizeitzentrum war den Stadtverordneten bekannt, daß anderenorts (vor allem in Sachsen und Thüringen) die mit mehr oder weniger Fördermitteln errichteten Bäder reihenweise in finanzielle Schieflage geraten sind. Aber im Bewirtschaftungs- und Betreibervertrag Stadt/TWE steht: »Die Parteien gehen davon aus, daß das Sportzentrum Westend nach erfolgreichem Um- und Ausbau wirtschaftlich und dauerhaft betrieben werden kann«. Nachdem dann über viele Jahre große Verluste gemacht wurden, war angeblich von Anfang an klar, daß Rentabilität nicht erreichbar ist.

Ungeachtet dieser Tatsache haben die TWE permanent aus dem Vollen geschöpft und sukzessive Substanz verbraucht und tun es noch. Hier noch einmal im Schnelldurchlauf einige betriebswirtschaftlichen Sünden der TWE (neben der Hauptsünde des Stadtwerkeverkaufs):

- Verlust eines Darlehens an Flugplatzentwickler Brandstetter, umgerechnet 1,6 Mio Euro.
- Verlust eines Darlehens an Hinteregger/

Brandstetter beim Hafenaufbau.

- Verkauf der Grundstücke im Hafengebiet unter Wert als indirekte Wirtschaftsförderung.

- Bau einer Düngemittelhalle im Hafengelände für einen einzelnen Mieter.

- Kauf von Grundstücken im Kranbaupark mit aufstehenden Gebäuden und Sanierung für die Vermietung.

- 500.000 Euro Kapitalerhöhung für die TWE-Tochter WFGE zur Vermeidung von deren Insolvenz. In diesem Zusammenhang hat die Stadt den ZWA gezwungen auf 616.000 Euro zu verzichten und die noch offenen Forderungen bis 2030 zinslos zu stunden.

- Die TWE zahlen jährlich rund 8.000 Euro an den Aufsichtsrat und über 30.000 Euro Pensionsrückstellungen für den TWE-Geschäftsführer (inzwischen schon 260 TE insgesamt).

- Von 29 Mio Euro Verkaufserlösen aus dem Anteilsverkauf der Stadtwerke sind nur noch 12 Mio Euro als Guthaben oder Finanzanlagen vorhanden, wobei diesen ca. 7,5 Millionen Euro Kredite gegenüber stehen.

Nicht nur das baff, sondern alle Sparten der TWE sind im Minus. Ebenso auch die Tochtergesellschaft WFGE. Warum wird nur das baff betrachtet? Ausgliederung bzw. Liquidierung der Verlustbereiche ist angesagt!

Warum wurden die Kredite für das baff nicht längst abgelöst? 700.000 Euro betragen die Zinsen und Tilgungen des baff. 350.000 Euro sind Abschreibungen. So betrachtet rückt die Sanierungsmöglichkeit näher, denn es fehlen cash »nur« 450 TEuro. (Alle anderen Sparten sind nicht mit Krediten belastet, so daß deren Ergebnis besser erscheint).

Die Schlußfolgerung aus all dem kann nur lauten: Schnellstens ein Sanierungskonzept für alle Sparten und die Firma als Ganzes einschließlich der Tochter WFGE auf den Tisch. Hier sind der Aufsichtsrat und natürlich auch der Bürgermeister besonders gefordert.

Über Zuschüsse sollten wir erst entscheiden, wenn die Sanierung gelingen kann und die TWE nicht aufgelöst werden müssen.

Der Koboldpo

In den Wäldern des Oberbarnim wimmelt und wuselt es. Elfen, Nymphen und Gnome geben sich ein Stelldichein. Aber auch Kobolde sind besonders gerne in Buchenwäldern zu Hause. Die Kobolde scheuen jedoch vor den Menschen und verstecken sich, wenn der Wanderer oder Pilzsammler auf sie trifft. Am liebsten verstecken sie sich in den Buchen. Schlecht ist jedoch, wenn viele Kobolde gleichzeitig den selben Baum ausgesucht haben. Dann schaut schon mal ein Koboldpo hinten hinaus.

© BERND MÜLLER 2008



Bündnis 90/Die Grünen:

16. Barnimer Umweltpreis

Der 16. Barnimer Umweltpreis ging in diesem Jahr an den Eberswalder Ornithologen Heinz Wawrzyniak, an die Vereine Lokale Agenda 21 Eberswalde e.V. und »Bildung, Begegnung Zeitgeschehen« (BBZ) Bernau e.V. sowie an die Imkerei Schönhof.

Die Ehrenurkunden und Preisgelder für besonderes ehrenamtliches Engagement im Umwelt- und Naturschutz überreichten Andreas Fennert, Mitglied im Aufsichtsrat der städtischen Wohnungsbaugesellschaft und Hauptstifter des Preises, sowie Karl-Dietrich Laffin, Sprecher des Regionalverbands Oberbarnim von Grüne/B90.

Den 1. Preis, verbunden mit einem Preisgeld in Höhe von 350 Euro, erhält in diesem Jahr der Eberswalder Ornithologe Heinz Wawrzyniak. Er ist seit über 50 Jahren Mitglied im Kulturbund und engagiert sich seit dem ehrenamtlich für den Natur- und Vogelschutz. Seit vielen Jahren leitet Heinz Wawrzyniak die Fachgruppe Ornithologie des Kulturbundes. Gemeinsam mit Mitstreitern aus dem NABU organisierte er die Erfassung der Brutvögel im Landkreis, führte Wasservogelzählungen durch, leitete unzählige Exkursionen und Vogelstimmenführungen. Die Untere Naturschutzbehörde kann stets auf sein Fachwissen zurück greifen und auch viele Studenten der HNEE wurden inzwischen von ihm betreut.

Der 2. Preis, verbunden mit 200 Euro Preisgeld, geht an den Verein Lokale Agenda 21 Eberswalde e.V. Die Mitglieder des Vereins engagieren sich seit dem Jahr 2000 in verschiedenen Bereichen des Umwelt- und Naturschutzes. Z.B. organisieren sie gemeinsam mit der Evangelischen Stadtkirchengemeinde in diesem Jahr zum sechsten mal den Eberswalder Erntedankmarkt, bei dem für eine umweltgerechte Lebensmittelproduktion und regionale Kreisläufe geworben wird. Daneben führte der Verein auch praktische Naturschutzmaßnahmen wie beispielsweise das Anlegen einer

Streuobstwiese in Tornow durch und veranstaltete Foren und Projekte für eine bessere Bürgerbeteiligung im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Aktuell befasst sich der Verein mit dem Projekt »Land sehen«. Im Fokus steht hierbei die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Region um Eberswalde.

Den 3. Preis und 150 Euro Preisgeld erhält der Verein »Bildung, Begegnung, Zeitgeschehen« (BBZ) Bernau e.V. für das Projekt »Kleine Naturdetektive«. In diesem Projekt beschäftigten sich ca. 30 Kinder im Alter zwischen vier und elf Jahren, darunter viele Sprößlinge aus Einwandererfamilien, spielerisch mit ökologischen Themen und erfuhren zugleich eine Förderung ihrer sprachlichen und sozialen Kompetenzen. Betreut von einer Gartenbauingenieurin und einer Pädagogin gab es für die Kinder viele Naturerlebnisse und eigene kleine Ökoprojekte. Dabei konnten sie eine emotionale Bindung zu unserer natürlichen Umgebung entwickeln.

Mit einer Anerkennung geehrt wird die Imkerei Schönhof. Ehemalige Studenten der HNEE begannen hier vor 10 Jahren mit der Honigbienenhaltung. Seitdem gaben die Betreiber Holger Gruß und Andreas Ziebell vielen Interessierten die Chance, die Imkerei kennen zu lernen und für sich zu entdecken. Acht Jungimker, die nun selbst Bienen halten, wurden ausgebildet. Große Anstrengungen unternahmen die Imker auch, um das von Ihnen genutzte Gelände naturschutzgemäß zu gestalten. So wurden eine Vielzahl heimischer Sträucher gepflanzt, Trockenrasen angelegt, Nisthilfen installiert und Trockenmauern gebaut.

*KARL-DIETRICH LAFFIN,
Sprecher des Regionalverbandes Oberbarnim*

KPD und Neue Spartakusgruppe

Altenhof (khh). Am 7. Oktober führte die Regionalgruppe Barnim der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in Altenhof anlässlich des 62. Jahrestages der Gründung der DDR eine Festveranstaltung durch. Im Rahmen der Veranstaltung ist der Vorsitzende der Neuen Spartakusgruppe Karl-Heinz Blättermann in die Reihen der KPD aufgenommen worden. Die Neue Spartakusgruppe war im Januar 2011 gegründet worden und sich dem propagandistischen und juristischen »Kampf gegen Unrechtsstaat BRD und dessen verbrecherische Machenschaften« verschrieben. Im Mai kam die Neue Spartakusgruppe in die Schlagzeilen, weil ihre geplanten Kundgebungen am Max-Reimann-Denkmal im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde kurzfristig von der Polizei verboten worden war. Das Verbot und nachfolgend verhängte Einschränkungen wur-

den damals mangels Gründen gerichtlich aufgehoben (BBP 5 u. 6/2011).

»Die Neue Spartakusgruppe liegt ab heute dicht im Fahrwasser der KPD«, sagt Blättermann. »Unsere Ziele finden durch das Kampfprogramm der KPD die notwendige starke theoretische Basis und Ergänzung.« Blättermann vertritt als einziges Mitglied die Neue Spartakusgruppe in der KPD. Die anderen sechs Genossen beschränken ihre Mitarbeit aus Altersgründen auf die theoretische und juristische Aufarbeitung des vorliegenden Materials für den EU-Gerichtshof für Menschenrechte, um dort den angeblichen Rechtsstaat als skrupellosen Verbrecherstaat zu demaskieren. Ihre Erfahrungen haben die Genossen bis 1989 aus ihrer erfolgreichen Tätigkeit bei der Abwehr von Angriffen des Bundesnachrichtendienstes auf dem Territorium der DDR sammeln.

Schnelles Internet

Eberswalder Ortsteile am DSL-Netz

Eberswalde (bbp). Im Frühjahr 2010 informierte die Stadtverwaltung auf Nachfrage des Stadtverordneten Carsten Zinn darüber, daß in den Gebieten Clara-Zetkin-Siedlung, Sommerfelde und Tornow »spätestens im Sommer 2011 schnelle Breitband-Internetanschlüsse zur Verfügung stehen« werden (BBP 4/2010).

Anfang Oktober 2011 kam die Nachricht: Die Deutsche Telekom hat ihr DSL-Breitbandnetz in Betrieb genommen. Die Arbeiten – Planung, Bestellung sowie Montage und Schaltarbeiten – wurden rund einen Monat früher als geplant abgeschlossen. Die Anwohner haben jetzt die Möglichkeit, einen DSL-Anschluß mit Bandbreiten von bis zu 16 Mbit/s zu beauftragen. Damit bietet die Deutsche Telekom, heißt es in der entsprechenden Mitteilung, den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch den Gewerbetreibenden, eine wichtige Infrastrukturverbesserung, denn die Breitbandversorgung werde immer mehr zu einem wichtigen Standortfaktor. »Wie kein anderer Anbieter investieren wir nicht nur in die lukrativen Ballungszentren, sondern treiben den Breitband-Ausbau auch in den ländlichen Gebieten voran, wie man am Beispiel der Ortsteile der Stadt Eberswalde sehen kann«, sagt Harald Engler, Ansprechpartner der Telekom für die Kommunen in Brandenburg. Damit sei eine zukunftsfähige Lösung gefunden worden, die wichtig ist für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt Eberswalde und ihrer Umgebung.

Die Telekom investiere in jedem Jahr rund drei Milliarden Euro in den Netz-Ausbau. Wobei besonders der DSL-Ausbau auf dem Land kostspielig ist: Ein Kilometer Kabelarbeiten mit Tiefbau kostet bis zu 70.000 Euro. »In vielen Fällen setzt die Telekom daher auf Kooperationen mit den Kommunen«, sagt Telekom-Sprecher Georg von Wagner. Mehr als 2500 Kooperationen seien vereinbart. »Jede Stunde wächst das Telekom-Glasfasernetz um eineinhalb Kilometer.«

Die Internetgeschwindigkeit hängt davon ab, wie nah der Kunde an der installierten DSL-Technik wohnt. Die herkömmliche Telefonleitung, über die der Datenstrom ab dieser Vermittlungsstelle geschickt wird, dämpft das Signal Meter um Meter. Ab einer Entfernung von rund fünf Kilometern spielt die Physik im Kupferkabel nicht mehr mit.

In einem Auswahlverfahren (BBP 4/2010) war die Deutsche Telekom den Anforderungen der Stadt am nächsten gekommen. In einem Kooperationsvertrag wurde der Ausbau vereinbart. Insgesamt wurden drei Multifunktionsgehäuse, die die neue DSL-Technik beinhalten, aufgestellt und über sechs Kilometer Glasfaserkabel neu verlegt. Die »wirtschaftliche Deckungslücke« für die Telekom, die aus dem Haushalt der Stadt Eberswalde und Fördermitteln beglichen werden mußte, beträgt für Sommerfelde und Tornow 38.441 Euro und für die Clara-Zetkin-Siedlung 14.223 Euro.

Kreistagsfraktion der LINKEN:

Finger weg!

Es geht nicht um die Frage, ob wir das HOKAWE kaufen wollen oder nicht, sondern um die Frage, ob wir als Landkreis es als Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge sehen, ein HOKAWE zu erwerben, welches der EWE zu deren Preisdiktat Wärme liefert. Es geht um die Frage, ob wir es für wirtschaftlich, ökologisch und finanziell für geboten halten darüber nachzudenken, ob diese Investition in das Konzept des Landkreises ErneuerBAR paßt oder nicht. Die ökologischen Grundüberlegungen zum notwendigen Holzbedarf und damit verbundenen Transportwege wie Nutzungsumfang von Holz sagt uns mehrheitlich NEIN.

Der Investitionsbedarf des HOKAWE ist allein aus ökologischer Sicht unvertretbar hoch, nicht zuletzt wegen der zunehmend notwendigen Transportwege des Holzes. Wenn die Wirtschaftlichkeit des HOKAWE gegeben wäre, dann gäbe es mit Sicherheit wirtschaftliche Untenehmen, die sich hier für den Erwerb interessieren würden. Warum tut es der tatsächliche Nutznießer EWE nicht?

Was ist passiert in einem Landkreis, in dem die konservative wirtschaftsorientierte CDU einer Kommunalisierung zustimmt, DIE LINKE es jedoch ablehnt?

DIE LINKE hat die Diskussionen um den Erhalt des Altenpflegeheims in Finow nicht vergessen, für dessen Modernisierung und Erweiterung kreisliche Mittel nicht zur Verfügung stehen. Der Jugendhilfeausschuß beschließt ohne ordentliche Verwaltungsvorlage 50.000 Euro für den FV Preußen und 30.000 Euro für Motor Eberswalde. Ein Kollege des zuständigen Amtes wird strafversetzt, weil er diese Verfahrensweise nicht mitträgt.

Die LINKE nimmt zur Kenntnis, daß Mittel für überregionale Kinder- und Jugendprojekte fehlen, weil auf Kreisebene keine eigenen Mittel für diesen Bereich mehr zur Verfügung stehen. Und im Jugendamt wird der Streit um die finanzielle Zuständigkeit für eine hilfebedürftigen Frau zu Lasten derer geführt, die ihr Arbeit und Unterkunft gaben bzw. geben. Die 500.000 Euro für den Zoo stehen auch im kommenden Haushalt nicht zur Disposition. Ein Schelm, der arges dabei denkt.

Klarstellen will ich aber auch, wenn der energetische Wirtschaftskreislauf in seiner Gänze in den Händen der Kommune läge und ein Energieträgermix realisierbar, dann stände die Frage anders, weil dann kein gewinnorientiertes Großunternehmen das Recht des Preisdiktates hätte. Unser Vorschlag also: Überprüfung der Möglichkeiten der Stadtwerke Bernau und der Errichtung weiterer Stadtwerke zur Übernahme einer eigenproduzierten und vertriebenen Energieversorgung und Entwicklung des Konzeptes für einen Energiemix.

MARGITTA MÄCHTIG

BVB/Freie Wähler sind Fraktion im Kreistag.

Ist das erwähnenswert oder gar wichtig?

Ja, das ist wichtig! Ein Kreistagsabgeordneter, der keiner Fraktion angehört, ist ein einzelner Abgeordneter. Im Plenum hat er nur ein eingeschränktes Rederecht und er kann keine Anträge stellen. Er hat weder Sitz noch Stimme in den Ausschüssen des Kreistages und er hat dort gar kein Rederecht. Es gibt für ihn kein Fraktionsbüro und finanzielle Mittel für sein Büro, das er ja nun zu Hause unterhalten muß, stehen ihm nicht zu. Damit ist er nur ein drittklassiger Abgeordneter. Das aber haben seine Wähler nicht gewollt.

So erging es jedoch bisher den Abgeordneten der Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/Freie Wähler Dr. Günther Spangenberg, Peter Vida und Johannes Madeja. Sie waren nur zu dritt und durften deshalb keine Fraktion sein. Die entsprechende Bestimmung in der Geschäftsordnung des Kreistages war zwar rechtswidrig, wie das Landesverfassungsgericht im April 1011 geurteilt hat. Aber ehe so ein Urteil zustandekommt, das kann dauern – und es hat gedauert!

Nach dem Vorliegen des Urteils hätte den dreien schnell und unbürokratisch der Fraktionsstatus zugestanden werden sollen. Der entsprechende Antrag lag vor, aber das paßte der Mehrheit der Abgeordneten des Kreistages nicht, insbesondere nicht dem Landrat und den Genossen seiner Partei SPD, von Ausnahmen abgesehen. Der Vorsitzende des Kreistages und der Landrat zogen alle zur Verfügung stehenden Register, um die Entscheidung zugunsten der Antragsteller, die ja kaum zu verhindern war, wenigstens zu verzögern. Dazu wurden die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung bemüht und es bedurfte der Beratung im Hauptausschuß und in einem schnell aus dem Hut gezauberten Ältestenrat. Natürlich mußten für diese Beratungen geeignete Termine gefunden werden. Das ging selbstverständ-

lich nicht so schnell, zumal es ja gelungen war, die Entscheidung bis zur Sommerpause auszusitzen.

Ein Argument schließlich konnte einen Teil der Kreistagsabgeordneten umstimmen: Wenn die BVB-Leute Fraktion sind, dann würden viele Fragen und Debatten vom Plenum in die Ausschüsse verlagert – so die Hoffnung. Deshalb kam es zu einem fraktionenübergreifenden Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung in dem Sinne, daß nun drei Abgeordnete ausreichen, eine Fraktion zu bilden. Dieser Antrag wurde am 21. September endlich beschlossen. Die Fraktion der SPD war noch immer mehrheitlich dagegen.

Allerdings wird sich die Hoffnung, daß kontroverse Debatten nun im Plenum nicht mehr stattfinden, vorerst nicht erfüllen. Die neue Fraktion erhält erstmal keinen einzigen Ausschußsitz. Entsprechend den geltenden Berechnungsverfahren werden Ausschußsitze nämlich in Abhängigkeit von der zahlenmäßigen Stärke einer Fraktion vergeben. Damit ist die Fraktion BVB/Freie Wähler nach wie vor von der gleichberechtigten Mitarbeit in den Ausschüssen ausgeschlossen. Immerhin gibt es aber das Rederecht und davon werden die drei Gebrauch machen. Schließlich gehörten sie auch bisher schon zu den wenigen Abgeordneten, die nicht bereit sind, sich zu Abnicken von Landratsvorlagen degradieren zu lassen.

Die Kreistagsabgeordneten der BVB/FW hoffen natürlich, daß die Wähler, die Bürger des Kreises, wohlwollend zur Kenntnis nehmen, daß es im Kreistag eine Opposition gibt, zwar klein, aber immerhin hör- und sichtbar. Mit ein paar mehr Abgeordneten wäre natürlich eine noch wirksamere Oppositionsarbeit möglich. Der Wähler ist der Souverän, der entscheidet, ob er das will.

JOHANNES MADEJA

Jobcenter-Beirat tagt nichtöffentlich

In der vorigen Ausgabe berichteten wir über den »geheimen Beirat« des Jobcenters und die fehlende Antwort des Beiratsvorsitzenden. Inzwischen hat sich Volker Passoke gemeldet. Nachfolgend sein Beitrag.

Zu der Frage der Öffentlichkeitsarbeit des Beirates hat sich dieser auf seiner ersten Sitzung nur kurz befassen können. Auf der im Oktober stattfindenden zweiten Sitzung wird es

hierüber aber eine weitere Diskussion geben. Fest steht bislang, daß die Mehrheit der Mitglieder des Beirates der Geschäftsordnung zugestimmt hat, in der eine Öffentlichkeit der Sitzungen nicht vorgesehen ist.

Auch wenn dieser Umstand nicht für alle befriedigend zu sein scheint, hat sich die Mehrheit durchgesetzt, sodaß dieser Punkt erst einmal entschieden ist. Dies schließt natürlich nicht aus, daß dennoch eine Information der Öffentlichkeit erfolgen soll. Dies wird im wesentlichen über mich geschehen. Eine entsprechende Verständigung über die Punkte, die mitgeteilt werden sollen, wird jeweils am Schluß der Sitzungen im Beirat erfolgen.

VOLKER PASSOKE

KULTURBAHNHOF FINOW

Bahnhofstr. 32, 16227 Eberswalde

13. Oktober, 15 Uhr:

Mückechor »Im Wald und auf der Heide«

15. Oktober, 19 Uhr:

Tanzparty P30 mit der Spektraldiskotheek

20. Oktober, 15 Uhr:

Tanztee mit DJ Bodo Derkow – mit Showtanzeinlagen und Kaffeeangebot

Die Angebote des Kulturbahnhofs richten sich an alle Altersgruppen.

Nachhaltig in die Pleite – Trauerfall HOKAWA

Es war im Jahre 2004. Die Firma Babcock, im Kraftwerksbau durchaus erfahren, wollte auf dem Hafengelände in Eberswalde ein Biomassekraftwerk errichten. Die Begeisterung war groß. Der neue Weg der Energiegewinnung bringt Arbeit im Hafen, es gibt billigen Strom aus billigem Holz und umweltfreundlich dazu. Glücklicherweise gab es ein paar Leute, die an Investor und Politiker unbequeme Fragen stellten: Ist genug Holz da, kann man dieses – Stichwort Wertschöpfung – nicht besser verwerten, ist es wirklich dauerhaft billig, wo kommt es her? Kommt es wirklich auf dem Wasserweg und wie funktioniert das mit der Kraft-Wärme-Kopplung, wenn keiner die Wärme haben will?

Als die Fragen dann beantwortet und auch nicht beantwortet waren, gab es ein paar Begeisterte weniger. Von Rest-, Abbruch- und Abfallholz war kaum etwas zu sehen, vielmehr ging es darum, kostbares Grünholz billig einzukaufen und zu verfeuern. Es konnte jedoch nicht einmal der Nachweis dafür erbracht werden, daß davon genug zur Verfügung steht, schon gar nicht aus der Region und nicht garantiert billig. Für die anfallende Wärme gab es kaum Abnehmer. Der Standort war gar nicht so günstig. Es ging darum, den in ökonomischer Schieflage befindlichen Hafen aufzupäppeln. Mit Kraft-Wärme-Kopplung war es also nichts und der Wirkungsgrad betrug schlappe 27%. Die kurzen, billigen Transportwege entpuppten sich als hunderte Straßenkilometer und die neuen Arbeitsplätze waren zu einem guten Anteil die Sitze am Steuer der 40-t-Holztransporter, die Straßen und Bürger belasten, Dieselkraftstoff verbrennen und schlechtes Kohlendioxid und Feinstaub produzieren.

Die ganze Öko-Bilanz stimmte nicht! Es stellte sich heraus, daß die Anlage ein Flop werden würde. Sie hätte nicht genehmigt werden sollen.

Aber Genehmigungsbehörden haben nun einmal ein hohes Potential an Ignoranz und fehlendem Sachverstand oder gab es politische Vorgaben? Die Vision Holzkraftwerk paßte in die Zeit. Die emotional ergriffenen Befürworter schalteten jegliches rational-ökonomisches Denken aus. Sie hielten an der Idee fest, mit Begeisterung, jedoch naiv. So etwas funktioniert, wenn man nicht selbst bezahlen muß.

Die Anlage wurde genehmigt und es kam, wie es kommen mußte, und das schon nach vier Jahren. Ich wünschte mir sehr, daß die für die Genehmigung Verantwortlichen, die durchaus verantwortungslos entschieden haben, jetzt dafür zur Kasse gebeten werden könnten. Können sie leider nicht. Was sagt der Landrat heute? So sprach er im Kreistag am 21.9.2011: *Es ist nicht Aufgabe der Genehmigungsbehörden, die Wirtschaftlichkeit eines Unternehmens zu prüfen. Wenn es rechtlich möglich ist, dann darf gebaut werden!*

Es kam zunächst nicht dazu – wegen Insolvenz des »Investors«. Der Nachfolger von Babcock baute dann – auf Pump versteht sich – mit einer Landesbürgschaft von 80% und 30% Förderung. Vielleicht hatte er ja sogar etwas Eigenkapital. Die Anlage für insgesamt 56 Millionen Euro ging dann auch in Betrieb, es gab immer noch Begeisterte und es wurde gehörig gefeiert. Es dauerte jedoch nicht lange, dann wurde das Holz knapp und auch teurer, die Wärme wollte – abgesehen von der Holz-

pelletsfabrik – immer noch keiner haben und schließlich fiel die Turbine aus. Es gab keine Einspeisevergütung mehr. Das war das »Aus«. Das HOKAWA meldete Insolvenz an. Nun schreiben die Hurra-Rufer »o weh«!

Wieder einmal soll Vater Staat helfen. Vater Staat, das ist hier der Landrat und der ist durchaus bereit. Das paßt in das sog. Null-Emissions-Konzept des Landkreises – hat er gesagt. Zwar ist der Kreis kein Energieunternehmen (oder doch?), aber hier geht es um höhere Interessen! Es gilt, die Landesbürgschaft zu retten. Herr Ihrke läßt doch seinen Genossen, den MP Platzeck, nicht in der Tinte sitzen! Mit wessen Geld? Natürlich mit dem Geld der Bürger! Genosse, du machst das schon! Erst will er das Pleiteunternehmen kaufen, dann will er Holz zu einem gestützten Vorzugspreis haben und dann Wärme an die EWE liefern. Schließlich sollen die Bürger die teure Wärme bezahlen, denn EWE lebt ja davon, Wärme billig zu kaufen und teuer zu verkaufen. Konkret hier: 25 Euro je MWh im Einkauf vom HOKAWA, 100 Euro im Verkauf an die Bürger. Ein gutes Geschäft – für EWE.

Wie die Wärme zu den Abnehmern kommen soll, ist völlig unklar, denn Fernwärmeleitungen, die man nutzen könnte, gibt es nicht und es lohnt wohl kaum, neue zu bauen, einfach weil vor Ort erzeugte »Nahwärme« viel billiger ist – trotz gestiegener Gaspreise!

Bis zum Ende des Jahres will der Landrat das Problem lösen. Jetzt hat er sich erst einmal, mit Kreistagsbeschluß, 30.000 Euro genehmigt, um »externen Sachverstand einzukaufen«, wie das im Verwaltungsjargon heißt, wenn man nicht mehr weiter weiß. Ergebnis wird wohl sein, daß es zum Kauf des HOKAWA durch den Landkreis gar keine Alternative gibt – wonach sich das Prinzip »Verluste kommunalisieren« einmal mehr bewährt hätte. Natürlich sind dann weitere Investitionen erforderlich, das wissen wir auch ohne wirtschaftlich-technisches Gutachten. Es wird also teuer!

Immerhin gibt es in der Fachhochschule Eberswalde, die sich ja jetzt immer nur noch Hochschule für nachhaltige Entwicklung nennt, Leute, die der Meinung sind, das HOKAWA leiste einen Beitrag für den Umweltschutz. So etwas ist schnell dahergesagt, besonders wenn man weiß, daß der Landrat und andere potentielle Geldgeber das gerne hören. Ich zweifle, daß sich diese Leute mit der Öko-Bilanz des HOKAWA beschäftigen haben. Es ist nämlich ein ander Ding, eine solche Aussage zu beweisen. Glücklicherweise muß man das ja auch nicht, es sei denn, man wird in den Entscheidungsprozeß als Auftragnehmer, also Geldemp-

fänger, integriert. Wir müssen also vorerst nicht damit rechnen, daß uns ein Professor der HNE die Nachhaltigkeit vorrechnet und seine Aussage damit belegt.

Der Wald ist seit Menschengedenken wichtiger Rohstofflieferant. Das Wort nachhaltig, einst in Eberswalde »erfunden« unterliegt inzwischen einer inflationären Abnutzung. Es besteht die große Gefahr, daß Leute, die Gesetze und Verordnungen machen, in Wahrnehmung ihrer ganz persönlichen Interessen oder der Interessen von Lobbyisten anfangen zu definieren, was noch nachhaltig ist und was nicht mehr. Jeder Förster weiß am allerbesten, wieviel Holzentnahme »seim« Wald verträgt, ihm nicht schadet. Ich bin jedoch ziemlich sicher, daß der »kleine« Förster gar nicht gefragt wird, wenn der Waldbesitzer Holz, sprich Geld, braucht.

Was derzeit in unseren Wäldern passiert, ist nicht nur nicht nachhaltig sondern nicht mehr naturverträglich. Brennholz, das heißt ja jetzt Energieholz, ist knapp geworden. Nun kann man den Brennholzbedarf eines Kraftwerks dadurch etwas reduzieren, vielleicht sogar auf null fahren, wenn man erwägt, sog. Sekundär-brennstoffe einzusetzen, zu deutsch Müll. Im Verlauf des Genehmigungsverfahrens für die Anlage wurde er Gedanke, ggf. Sekundär-brennstoffe einzusetzen, vehement bestritten.

Hier gibt es, das HOKAWA betreffend, aus heutiger Sicht zwei Probleme: Erstens müßte das Verbrennungssystem umgerüstet werden. Es werden nicht nur ein anderer Rost sondern auch eine veränderte Beschickung und nicht zuletzt auch Filteranlagen gebraucht. Das kostet Geld. Zweitens, eigentlich noch einmal erstens, ist der Müll im Barnim bis zum Jahr 2018 an die (landeseigene) MEAB »verkauft«, steht also gar nicht zur Verfügung. Ein drittes Problem will ich auch nicht verschweigen. Üblicherweise haben Bürger, zu Recht, etwas gegen Müllverbrennungsanlagen im Einzugsbereich von Wohngebieten.

Natürlich wäre auch hier mit Widerstand zu rechnen und das Beispiel Sondermüllverbrennung der Firma Steil hat bewiesen, daß die Bürger bereit und in der Lage sind, energisch und qualifiziert Widerstand zu organisieren. Erfahrungen an anderen Orten in Deutschland haben jedoch auch bewiesen, daß man dieses Problem notfalls nach Gutsherrenart lösen kann.

Wir dürfen gespannt sein, wie es weitergeht. Jedenfalls wird's teuer, das haben Fehlentscheidungen nun einmal so an sich! Bürger haltet Euch die Taschen zu!

Vom 3. ver.di-Bundeskongreß (Teil 1):

Eine Alternative zum Widerstand gibt es nicht

von Kersten Artus

»Das Lebenselixier der Gewerkschaften ist die Solidarität«, heißt es auf der Website der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Vom 17. bis 24. September trafen sich in Leipzig 1.000 Delegierte der mit knapp zwei Millionen Mitgliedern zweitgrößten Gewerkschaft der BRD nach der IG Metall. Der dritte Bundeskongreß gab sich zusätzlich das Motto: »Vereint für Gerechtigkeit«.

Wenn das so einfach wäre. Denn was ist gerecht, was ist Solidarität – ganz konkret? Der Bundeskongreß lebte die Widersprüche seiner Mitglieder leidenschaftlich aus. Ist es Solidarität, wenn ver.di Tarifverträge abschließt, die unter dem gleichsam geforderten gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro liegen? Ist es Solidarität, wenn Betriebsräte aus dem Hafen Leiharbeit verteidigen, Betriebsräte aus der Pflege ihr Verbot fordern? Ist es gerecht, wenn ver.di sich einerseits für einen strengen Datenschutz einsetzt, Personalräte des Bundesstatistikamtes aber den Zensus 2011 verteidigen? Und ist es solidarisch, wenn ver.di Krieg als Mittel der Politik ablehnt, aber der Hauptpersonalratsvorsitzende der SoldatInnen und Zivilbeschäftigten die Bundeswehr als Arbeitgeberin verteidigt? Oder wenn die Betriebsratsvorsitzende vom Sicherheitsdienst des Atomkraftwerks Biblis die friedliche Nutzung von Kernenergie fordert? Wer hat Recht, wenn über die Qualifizierung der SachbearbeiterInnen in den Jobcentern und deren Verhalten gegenüber SGBII-EmpfängerInnen geurteilt wird – die Erwerbslosen in ver.di oder die in ver.di organisierten Personalräte der Jobcenter? Der Bundeskongreß war von diesen Selbstverständisdebatten geprägt – und das machte ihn hochpolitisch.

Zum Auftakt des Kongresses befaßten sich die Delegierten mit der Frage aller Fragen: *Sind der Kapitalismus und der Kapital und Boden Besitzende das Ende der Geschichte?* Am Ende wurde die Ausweitung der Mitbestimmung und die Forderung nach einer umfassenden Wirt-

schaftsdemokratie beschlossen. Der Beschluß umfaßt eine Vergesellschaftung von Unternehmen – wie es das Grundgesetz auch vorsieht. Ver.di tritt dafür ein, heißt es im Antrag »Aus der Krise lernen«, endlich Lehren aus der Krise zu ziehen und einen Kurswechsel bei der wirtschaftspolitischen Strategie vorzunehmen. ... Das Casino ist noch immer geöffnet. ... Die Größe von Finanzinstituten muß begrenzt werden. Sie dürfen nicht zu groß zum Scheitern sein. ... Zur EU heißt es: In der Europäischen Union haben wir es mit einer grundlegenden Fehlkonstruktion zu tun: Die Einführung der gemeinsamen Währung wurde nicht mit einer engeren Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik verbunden. Die gemeinsame Währung und der Stabilitäts- und Wachstumspakt sollten allein für eine Annäherung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen sorgen.

Das Gegenteil war der Fall – die schwachen Länder wurden schwächer, die starken stärker. Gerade die ohnehin bereits wettbewerbsstarken Länder – allen voran die Bundesrepublik Deutschland – haben durch eine reale Stagnation ihrer Masseneinkommen ihre preisliche Wettbewerbsstärke kontinuierlich erhöht. Auf diese Weise haben sie die Exportmöglichkeiten der schwächeren Länder beschnitten und zu einer sukzessiven Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage beigetragen. Dies ist die unübersehbare Kehrseite des vielgepriesenen Exportmodells Deutschland. Gefordert wird nun auch eine Finanztransaktionssteuer. Und auch

die Schuldenbremse wird von der höchsten beschlußfassenden ver.di-Ebene abgelehnt. In dem verabschiedeten Antrag heißt es: Die politischen Vertreterinnen und Vertreter auf der Bundesebene wie in den Bundesländern, sind gezielt auf ihre Unterstützung bei diesem Vorhaben bzw. auf ihre Mitwirkung in entsprechenden Gesetzgebungsverfahren zum Wegfall der Schuldenbremse anzusprechen. ver.di wirkt auf die jeweiligen Landesregierungen dahingehend ein, die Aufhebung der Schuldenbremse über das föderative Bundesorgan Bundesrat zu betreiben.

Ver.di hat es in einigen Branchen schwer, die Beschäftigten zu organisieren und gute Arbeit durchzusetzen. Gleichzeitig verschwinden ehemals durchsetzungsstarke Belegschaften wie die aus den Druckereien, weil aufgrund von Überkapazitäten der Maschinenpark stillgelegt wird – oder aber, wie bei der Bauer Media Group, Betriebe im polnischen Grenzgebiet aufgebaut worden sind – gewerkschafts- und damit tariffrei. Der gesetzliche Mindestlohn ist ein Anker, um weitere Erosionen in die absolute Billiglöhnerie zu stoppen und umzukehren. Die Beschlußlage hierzu wurde erneuert: Die Initiative für einen gesetzlichen Mindestlohn wird weiterhin fortgesetzt, jedoch mit einer Höhe von zurzeit 8,50 Euro. Als Ziel sollen zehn Euro angestrebt werden. Damit korrigiert ver.di die seit langem an die Organisation herangetragene Kritik, mit der bisherigen Forderungshöhe von 7,50 Euro nur einen Armutslohn zu wollen.

Offene Worte um Heimerziehung

Schriftstellerin Nicole Glocke zu Gast bei Dagmar Enkelmann

Die Schriftstellerin Nicole Glocke, 1969 in Bochum geboren, hat eine bewegte Familiengeschichte. Als Tochter des Westspions der Staatssicherheit Karl-Heinz Glocke mußte sie im Alter von neun Jahren die Verhaftung ihres Vaters miterleben. Tage zuvor war Werner Stiller, Oberleutnant in der MfS-Hauptverwaltung Aufklärung, mit Koffern voller Dokumente in den Westen übergelaufen. Das recherchierte Nicole Glocke viele Jahre später, denn in der Familie wurde darüber nicht gesprochen. Im Verlauf ihrer Nachforschungen lernte sie Edina Stiller, die Tochter Werner Stillers, kennen. Gemeinsam mit ihr entstand das autobiographische Buch »Verratene Kinder«.

Später stieß Nicole Glocke, wie sie am Sonntag beim Talk »Offene Worte mit Dagmar Enkelmann« schilderte, auf das Thema Heimerzie-

hung. Rund 300.000 Kinder und Jugendliche sollen in der DDR in 450 staatlichen Kinderheimen, 35 Spezialheimen und 30 Jugendwerkhöfen aufgewachsen sein. Im Buch von Nicole Glocke »Erziehung hinter Gittern« schildern Betroffene, wie sie den geschlossenen Jugendwerkhof Torgau im wahrsten Sinne des Wortes als Hölle erlebten. Heimerziehung in der DDR war allerdings nicht nur mit Übergriffen verbunden, wurde aus dem Publikum eingewandt. Ein Besucher berichtete persönlich über seinen Heimaufenthalt als schwererziehbares Kind.

Deutlich wurde, daß es bei den Debatten über dieses Geschichtskapital noch Nachholbedarf gibt. Insofern sind Recherchen über diese Zeit wichtig, zugleich kann es dabei nicht einseitig um die Zustände der geschlossenen Anstalt Torgau gehen. Bis Ende 2011 soll nun-



mehr ein Entschädigungsfonds für ehemalige Heimkinder von 120 Millionen Euro eingerichtet werden – bisher jedoch nur für Betroffene in westdeutschen Heimen. Paradox daran sei auch, merkte Dagmar Enkelmann an, daß der Anteil des Bundes am Fonds aus dem Budget des Familienministeriums abgezweigt werden soll.

BÄRBEL MIERAU

Plant Eberswalde für den Klimawandel?

Bürger – schützt eure Anlagen!

Doch selbst wenn es gelänge, weltweit und in nächster Zukunft die ambitioniertesten Klimaschutzziele zu erreichen, werden sich Temperaturen und Niederschläge ändern... Neben die Aufgabe des Klimaschutzes tritt die der Anpassung an den Klimawandel.

Stadtentwicklungsplan Klima Berlin, 2011

Seit das im Zweiten Weltkrieg teilzerstörte Eberswalder Stadtzentrum nach 1990 zum Sanierungsgebiet erklärt wurde, gingen während der Wiederüberbauung der vom Krieg hinterlassenen Brachen unvermeidlich Grünflächen verloren, die in der Nachkriegszeit angelegt worden waren. Während dieses Prozesses wurden zwar im Flächennutzungsplan die zulässigen Nutzungen stadtteil- und zonenbezogen festgestellt. Es wurde jedoch nicht festgelegt, welches Verhältnis zwischen Freiflächen und überbauten Flächen als Zielgröße anzusehen, d.h. wo welche vorhandenen Freiflächen in welchem Ausmaß als erhaltenswert und notwendig anzusehen waren. Den Planern und den Bauinteressenten (die vor allem über den Bauausschuß die Dinge steuern konnten), wurden also keine Zügel angelegt. Die Stadtentwicklung nach 1990 kann durch drei Stichworte charakterisiert werden.

Stadtreparatur. Nach dem Motto, wo einmal ein Haus stand, muß wieder ein Haus stehen. Zunächst verfuhr man dabei strikt dogmatisch, d.h. es wurde nicht nur die Wiederherstellung des ursprünglichen Stadtplanes (natürlich der Vorkriegszeit) angestrebt, sondern auch die Einhaltung von ursprünglichen Baufluchten, Maßstäblichkeit, Kubatur und der von der alten Parzellenstruktur bestimmten Fassadengliederung (*»Kleinteiligkeit«*). Ergebnis dieser historisierenden Zielsetzung wäre ein *»Alt-Eberswalde«* à la Disney gewesen. Sie war aber schon mit dem ersten größeren Bauvorhaben (Rathauspassage) durchlöchert. Mit den Bauten auf dem Campus Schicklerstraße der FH war diese Konzeption vom Tisch. Zugleich hatten die – weitgehend ohne Zutun der Stadtverwaltung – vom Land Brandenburg beauftragten Schweizer Architekten den biedereren Alt-Eberswaldern (die immer noch dem wilhelminischen Straßenbild nachhingen) ein an der Moderne orientiertes Gegenprogramm vor die Nase gesetzt. Mit der Bebauung des Pavillonplatzes (Kreishaus) und dem Verzicht auf die Teilbebauung des Marktes hatte sich eine freiere Gestaltung des Zentrums durchgesetzt.

Verdichtung. Extrem verstanden, blieb das Leitbild der weiteren Stadtentwicklung, dem der überwiegende Teil der im Altstadtkern verbliebenen Freiflächen geopfert wurde. Wenig überzeugend wird sie mit der *»Wiedergewinnung von Urbanität«* begründet. Ein Gleichheitszeichen zwischen Verdichtung und Urbanität wäre völlig unberechtigt. Diese erfordert weitere Voraussetzungen, für die extreme Verdichtung sogar kontraproduktiv sein könnten. Zwar hantiert auch der im Mai beschlossene und im August 2011 im Druck erschienene

Berliner Stadtentwicklungsplan Klima (StEP Klima) mit dem Begriff. Genauerer Lesen zeigt aber, daß eben zwischen seinen übrigen Zielen und der propagierten Verdichtung ein deutlicher Zielkonflikt besteht. Darauf kommen wir zurück.

Verwertung.

Bauland muß überbaut werden. Im Grunde dienen die Begriffe Stadtreparatur und Verdichtung den Baudezernenten des Rathauses vor allem als Kulisse für ihren übergeordneten

Gesichtspunkt der Verwertung des Baulandes, sei es zugunsten des angespannten Stadthaushaltes, sei in Privathand. Möglichst weigehende Überbauung der Freiflächen, gleichviel ob sie der Marktlage entspricht, dient durch Wertsteigerung – selbst der noch nicht überbauten Flächen – der Erzielung eines möglichst hohen Verkaufserlöses (oder zumindest dem erhöhten Kredit der Grundeigner). Allerdings ist die Strategie des Rathauses bald auf Grenzen gestoßen. Die Nachfrage auf dem Grundstücksmarkt ist bescheiden. Vor allem ist das Interesse potentieller Investoren an den Flächen der Altstadt gering. Ihnen wurde zwar in der Ära von Schulz/Prüger durch Aufweichung bzw. Abschaffung der Sanierungs- und Gestaltungssatzung weitgehend entgegengekommen. Dennoch haben die öffentliche Hand (Land, Kreis) bzw. stadteneigene WHG in den letzten Jahren den Hauptteil der Baumaßnahmen übernommen.

Schon die bisherige Überbauung auf zentralen Freiflächen (Pavillonplatz) stieß auf sehr geteilte Zustimmung. Für die weiteren Bauvorhaben der Verwaltung – Ebert-Straße Süd, Teilbebauung Ratzeburgstraße Süd einschließlich *»Stadterrassen«* (*»Kirchhang«*), denen die letzten, von vielen Bürgern ge-



Ebertstraße Süd. Die Anlage ist mit Gehölzpflanzungen gut gestaltet.

schätzten Grünanlagen im engeren Stadtkern geopfert werden sollen, fehlt jegliche plausible Begründung. Es gibt weder Nachfrage für Gewerberäume noch für Wohnfläche generell (sieht man von spezifischen Nutzungsformen ab), noch besteht irgend eine Notwendigkeit, gerade diese Standorte zu nutzen. Im ehemaligen Sanierungsgebiet gibt es Brachen auf prominenten Eckgrundstücken, die Lückenbauten viel dringender erfordern.

Die Standorte Ratzeburg- und Ebertstraße Süd sind dagegen nur eingeschränkt als Brachen zu bewerten. Die dort in der Nachkriegszeit unter Beteiligung von Gehölz-Fachleuten des Forstinstituts entstandenen Grünanlagen müßten sowohl mit Hinblick auf das Kleinklima wie auch als stadtgestalterische Elemente bewertet werden. Zudem werden sie von den Bürgern gern angenommen. Die derzeitige Baudezernentin Fellner ist jedoch nicht bereit, die bisherige Planung zu überdenken. Für sie findet Wald im Walde statt, nicht im Stadtraum. Basta. Daher ist zu fragen, ob den Planungsvorstellungen des liberal regierten Rathauses den durch demographischen und klimatischen Wandel deutlich veränderten Zukunftsaufgaben gerecht wird.

NATO ist Gefahr für den Weltfrieden

Eberswalde (bbp). »Die NATO und die Rolle der Bundeswehr« war das Thema des zweiten Lesertreffens der »Rotfuchs«-Initiativgruppe Eberswalde am 15. September in der Schule in der Biesenthaler Straße in Finow. »RotFuchs«, das ist eine im Februar 1998 gegründete, von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft. Anfang August gründete sich der Eberswalder Lesekreis. Ihm gehören Mitglieder der KPD, der DKP, der Linken sowie Parteilose an.

Die »Rotfuchs«-Initiativgruppe hatte Karl Rehbaum vom Vorstand des »Rotfuchs«-Förderverein eingeladen. Rehbaum, Oberst a.D., war einst Führungsoffizier von Rainer Rupp, der unter dem Decknamen »Topas« als Kundschafter für die DDR und den Warschauer Vertrag sehr erfolgreich im NATO-Hauptquartier tätig war. »Die NATO war für uns ein offenes Buch«, heißt es in dem Buch »Militärspionage. Die DDR-Aufklärung in NATO und Bundeswehr«, das Karl Rehbaum mit Rainer Rupp und Klaus Eichner in diesem Jahr im Verlag Das neue Berlin, edition ost, veröffentlichte.

Nach kurzem Rückblick auf die Entstehung der NATO und deren Entwicklung bis 1990 konzentrierte sich Karl Rehbaum auf die aktuellen NATO-Strategien. Rehbaum erinnerte, daß zu den zwölf Gründern des Nordatlantikkpates fünf Kolonialmächte gehörten, darunter mit Portugal ein offen faschistisch regiertes Land. Bestimmend war Anfang die US-Strategien der »Eindämmung« und der »Massiven Vergeltung«, was nichts anderes beinhaltete als den massiven Erstschatz mit Atomwaffen. Später, nach Bruch des Atommonopols der USA durch die Sowjetunion, ging die NATO in den 1960er Jahren – gegen den Widerstand Frankreichs und der BRD – zur »flexiblen Reaktion« über, welche aber immer noch auf dem Ersteinsatz von Atomwaffen basierte, was noch in der Kommandostabsübung WINTEX/CI-MEX 1989 geprobt wurde.

Als sich am 1. Juli 1991 der Warschauer Vertrag auflöste, stand auch die Auflösung der NATO auf der Tagesordnung. Die USA und ihre Verbündeten dachten aber mit keiner Silbe daran. Im Jahr 2010 beschloß die Allianz in Lissabon ihre neue strategische Konzeption »Active Engagement – Modern Defence« (Aktives Eingreifen – Moderne Verteidigung). Dem gingen die Beschlüsse von 1991 in Rom und 1999 in Washington voraus. Spätestens seit dem gilt die NATO als globales Interventionsinstrument. Unverblühtes Ziel ist die dauerhafte Sicherung der Vormachtstellung der USA in der Welt. Das Dokument enthält neben leeren Worthülsen eine ganze Reihe offensichtlicher Widersprüche. So soll eine atomwaffenfreie Welt durch den Ersteinsatz von Atomwaffen erreicht werden. Die »neuen Bedrohungen« reichen von Piraterie über Drogenschmuggel und Cyber-Sicherheit bis hin zu Unwetterkatastrophen und dem Klimawandel. Gefährlich ist die zunehmende Einbeziehung ziviler Strukturen, die damit automatisch zum militärischen Ziel werden.

Während das offizielle Strategiepapier als Realsatire daherkommt, sind in der prakti-

schon Umsetzung reale Kriege die Folge. Das begann Anfang der 90er Jahre mit dem ersten Irakkrieg und in Europa mit der Destabilisierung Jugoslawiens. Letzteres unter maßgeblicher Beteiligung der BRD. Gerade in Jugoslawien zeigte sich aber auch, wie jetzt wieder in Libyen, daß die europäischen NATO-Mitglieder ohne US-Hilfe nicht zu erfolgreicher Kriegführung in der Lage sind. Diese andauernde militärische Abhängigkeit von den USA verdeckt wachsende innere Widersprüche. »Europa war noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei«, hieß es in der 2003 verabschiedeten Sicherheitsstrategie der EU. Demgegenüber beginnt die US-Sicherheitsstrategie von 2006 mit den Worten: »Amerika befindet sich im Krieg«. Widersprüche gibt es auch zwischen den alten und neuen NATO-Mitgliedern in Europa. Letztere tendieren eher zu den USA.

Umgekehrt könnte die USA aber ohne die Unterstützung durch die BRD ihre aktuellen Kriege gar nicht führen. Nach wie vor ist die BRD ein Hauptstationierungsort des US-Militärs außerhalb der USA. Hier sind 73.000 Soldaten stationiert und 7 hohe Stäbe. Allein zwei Regionalkommandos (Europa- und Afrikakommando) sind hier. Die einzigen außerhalb der USA, von sechs insgesamt. Für das AFRICOM fand sich bezeichnenderweise kein afrikanisches Land als Gastland. In Landstuhl befindet sich das Hauptlazarett der US-Army, über das die Verwundeten aus Irak und Afghanistan ausgeflogen werden. Die meisten Luftangriffe laufen über das Flugzentrum in Ramstein oder werden direkt von hier gestartet.

Als politische Forderung, so Karl Rehbaum, sollte daher die Losung »US-Army raus aus Deutschland« noch vor der nach Auflösung der NATO stehen.

Die Bedeutung der BRD für die NATO ist auch in den NATO Response Forces (NRF) ersichtlich, die 2002 in Prag beschlossen wurden. Die NRF sollen innerhalb kürzester Zeit (5 bis 30 Tage) für einen weltweiten Einsatz zur Verfügung stehen. Die rund 25.000 Mann starken NRF bestehen aus Landstreitkräften in Brigadestärke, Fliegerkräften mit dem Potential für 200 Einsätze pro Tag und Marineverbänden. Bisher fungierten u.a. das 1. Deutsch-Niederländische Korps in Münster (2005, 2008), die Deutsch-Französische Brigade mit Sitz im baden-württembergischen Müllheim (2006/07) und das Multinationale Korps Nord-Ost mit Stab in Szczecin, zu dem neben dänischen und polnischen Truppen die 13. Panzergrenadierdivision in Leipzig und das Fernmeldebataillon 610 in Prenzlau gehören, als »Reaktionsstreitkräfte«.

Von Abrüstung ist die NATO weit entfernt. Aktuelle Reduzierungen der Bundeswehr dienen der Effektivierung, der Mittelfreisetzung für die Schwerpunkte, die im Auslandseinsatz bestehen. Nach Einschätzung von Karl Rehbaum sind die Abrüstungsverhandlungen gegenwärtig tot. Aber schon in der Vergangenheit gab es seitens der NATO nur ein Ziel, nämlich die Erlangung einseitiger Vorteile. SALT 1 war eigentlich ein Rüstungsprogramm, reduziert wurden nur Raketen, nicht die Sprengköpfe. Rehbaum erinnert sich, daß schon 1978 – während der Abrüstungsverhandlungen – die NATO ein Langzeitrüstungsprogramm für 15 Jahre auflegte.

Aktuell ist die NATO-Politik zunehmend davon geprägt, daß das Völkerrecht ignoriert wird. Da gibt es keine Hemmungen mehr.

Jüngstes Beispiel ist der Krieg in Libyen. Die UNO-Resolution 1973 sah lediglich eine »Überwachung des Luftraums« vor. Vorbereitungen für verstärkte Einsätze im Nahen Osten begannen schon Anfang der 80er Jahre. Die entsprechenden Pläne lagen auf dem Tisch der DDR-Aufklärung. Die Kommandostäbe für die Regionen mit Kriegsaussichten wurden bereits damals gebildet.

Als Libyen im Jahr 2003 die Zerstörung ihrer ballistischen Raketen realisierte und sein Atom- und Chemiewaffenprogramm aufgab, rüstete es einseitig ab und schuf faktisch erst die Voraussetzungen für den jetzigen Krieg. Rehbaum machte auf seltsame Zusammenhänge aufmerksam. Die innenpolitische Auseinandersetzungen in Libyen begannen am 17.2.2011. Zu diesem Zeitpunkt waren dänische und norwegische Kampfflugzeuge schon in Bereitschaft und am 15.2. liefen deutsche Kriegsschiffe aus in Richtung Mittelmeer. Karl Rehbaum wies auch auf ein gemeinsames englisch-französisches Manöver im November 2010 hin. »Das lief so ab, wie später der Krieg«.

Gefährlich sei auch die Entwicklung in Syrien. Rehbaum bezweifelt, daß die Destabilisierung auf eine spontane Bewegung zurückgehe. »Das Chaos wird gezielt geschürt«, meint er. Die »Reformpartei« habe ihren Sitz in den USA. Das Ziel saudischer Drusen sei die Aufteilung Syriens. Auf diesem Weg werde die Schaffung eines »Nationalen Rats« angestrebt, ähnlich wie in Libyen. Inzwischen ist dieser Rat Realität. Allerdings spielen Rußland und China diesmal nicht so mit und legten gegen die geplante UNO-Resolution, die auch im syrischen Fall das Signal in Richtung Krieg gestellt hätte, ihr Veto ein.

Das Fazit von Karl Rehbaum: Die NATO ist eine permanente Gefahr für den Weltfrieden.

Eberswalder Linke wollen sich neu organisieren

Eberswalde (bbp). Die Eberswalder LINKEN wollen ihre Basis neu strukturieren. Einem entsprechenden Antrag des Stadtvorstandes stimmten auf der Mitgliederversammlung am 6. Oktober im Tourismuszentrum am Familiengarten alle vierzig anwesenden Mitglieder zu. Der Stadtvorstand strebt eine Neugliederung der momentan sieben Basisgruppen an. Künftig sollen sich die Eberswalder Genossinnen und Genossen nach den Vorstellungen ihrer Führungsriege um Torsten Duckert in jeweils einer Basisgruppe für den Bereich Eberswalde einschließlich der Ortsteile Sommerfelde, Tornow und Spechthausen sowie einer Basisgruppe in Finow mit dem Brandenburgischen Viertel organisieren. Jüngst hatten nach einjähriger umfassender Diskussion die Gruppen in Nordend und Stadtmitte fusioniert. Daneben bestehen Basisgruppen in den Bereichen Ostende/Sommerfelde/Tornow, Schwärzetal, Westend, Finow, Brandenburgisches Viertel und »Georgi Dimitroff« (ebenfalls im Brandenburgischen Viertel). Die Basisgruppen sind unterschiedlich aktiv und haben vielfach einen hohen Anteil älterer Mitglieder. Von einer Zusammenfassung der Gruppen verspricht sich der Stadtvorstand eine effizientere Parteilarbeit, die Bündelung der vorhandenen Kräfte und daraus folgend eine Verbesserung der öffentlichen Wirksamkeit der LINKEN.

Der Vorsitzende der Stadtfraktion Wolfgang

Sachse gab einen Überblick über die Arbeit der Fraktion. Zum Schwerpunkt Stadtentwicklung informierte er über aktuelle Projekte. Lobend äußerte er sich über die Gestaltung des Kirchhangs im Stadtzentrum und die Planungen für einen barrierefreien Zugang zum Museum in der Adlerapotheke. Grundsätzlich positiv steht die Fraktion auch der geplanten Bebauung der Friedrich-Ebert-Straße-Süd

gegenüber. Problematisch sei die Finanzierung. Die Fraktion steht auf dem klaren Standpunkt, daß die finanzielle Existenz der WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft durch das Projekt nicht gefährdet werden dürfe. Auch eine Finanzierung über den städtischen Haushalt lehnt die Fraktion ab. Positiv sieht die Fraktion auch, daß an einem Stadtteilkonzept für Finow gearbeitet werde. Die Eigenvermarktung des Wohnungsbaustandortes *Am Paschenberg* durch die Stadtverwaltung war von der Fraktion zunächst skeptisch aufgenommen worden. Die Ergebnisse konnten sich aber sehen lassen. Daher befürwortet die Fraktion das ähnliche Vorhaben im Bereich der Finower Brachlowstraße. Die neue Kita im Bürgerbildungszentrum in der Puschkinstraße soll nach Auffassung der Fraktion in städtischer Trägerschaft betrieben werden, damit die Vorteile der Investitionen auch direkt der Kommune zugute kommen. Kritisch sehe die Fraktion die überdimensionierten Planungen zur Finowkanalpromenade sowie die wenig seitens der Stadt beeinflussbaren Entwicklungen auf dem Brauereigelände und im Bereich des ehemaligen Arbeits-/Finanzamts an der Eberswalder Straße in Finow.

Der Rekommunalisierung der Energieversorgung steht die Fraktion grundsätzlich positiv gegenüber, aber nicht um jeden Preis. Der Kauf des insolventen HOKAWÉ durch Kreis und Stadt werde aus ökologischen und ökonomischen Gründen abgelehnt. Der Vorschlag der Grünen zur Erstellung eines kommunalen Energiekonzeptes wird von den Linken unterstützt. Allerdings wurde das jüngst in Auftrag gegebene Gutachten aufgrund der intransparenten Vergabe abgelehnt. Gutachter ist das Ingenieurbüro Dieme, dessen Inhaber zugleich als Geschäftsführer der städtischen WHG-Tochtergesellschaft »Solarstrom Eberswalde« fungiert.



Wolfgang Sachse (rechts) berichtete über die Arbeit der Fraktion der Linken in der StVV Eberswalde. Neben ihm der Stadtvorsitzende Torsten Duckert und der Barnimer Kreisvorsitzende Sebastian Walter.

Wolfgang Sachse berichtete außerdem über eine gemeinsame Vorlage mit der Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim zur dauerhaften Sicherung des Sportzentrums baff. Man habe nicht alle Vorstellungen durchbekommen und insbesondere die SPD wollte das Thema auf die lange Bank schieben, aber letztlich sei die mehrheitliche Zustimmung der Stadtverordneten erreicht worden. Ebenfalls eher untypisch für die Linken sei das Thema Ordnung und Sicherheit gewesen. Die entsprechende Beschlusvorlage habe man nach längerer Diskussion erfolgreich durch die StVV gebracht.

Zum Bürgerhaushalt erklärte der Fraktionsvorsitzende daß inzwischen allen klar sei, daß das Verfahren unbefriedigend sei und es so nicht weiter gehen könne. Die Fraktion werde ihre Vorstellungen in die geplante Diskussion intensiv einbringen.

»Wir haben einen Fehler gemacht«, sagte Margitta Mächtigt, die Fraktionsvorsitzende der Linken im Kreistag Barnim. Die Fraktion der Linken hatte im September-Kreistag mehrheitlich einer Regelung zugestimmt, nach der es in den Ausschüssen des Kreistages weiterhin keine Einwohnerfragestunde gibt. In den von Linken geleiteten Ausschüssen sei es gang und gebe, den Einwohnern für ihre Fragen das Rederecht zu erteilen. Eine extra Regelung sei daher nicht nötig – glaubte man. Später sei klar geworden, daß nicht in allen Ausschüssen so verfahren werde. Den Fehler will die Fraktion nunmehr auf dem nächsten Kreistag im November wieder gut machen und gemeinsam mit der Fraktion Grüne/Bündnis für ein demokratisches Eberswalde einen entsprechenden Antrag einreichen.



»Den Betrieb übernehmen« – Kooperativen, Genossenschaften, Belegschaftseigentum

Globale Krise und Krisenpolitik können als Geschichte der Enteignung erzählt werden: Konjunkturprogramme und »Rettungsschirme« haben Mittel für Unternehmen und Banken mobilisiert, die durch Lohnverzicht und Kürzungen der öffentlichen Leistungen eingespielt werden müssen. Rating-Agenturen, »Gläubigerstaaten« und die EU als verallgemeinerte Finanzaufsicht verringern den Spielraum für demokratische Entscheidungen. Dabei könnte die Krise genutzt werden, um gesellschaftliche Teilhabe und Wirtschaftsdemokratie durchzusetzen. In der argentinischen Krise entstand eine Bewegung an der Basis, die Betriebe besetzt oder weiterführt, die geschlossen oder verlagert werden sollen. Auch in den USA ist auf den Ruinen fordistischer Produktionsstätten eine vielfältige Bewegung von Kooperativen und Genossenschaften in Belegschaftseigentum entstanden. Internationale Erfahrungen sollen Horizonte öffnen: Fragen der alltäglichen Produktion des Lebens rücken wieder ins Zentrum, machen sie zum Gegenstand demokratischer Fragen: Was wird produziert? Wie wollen wir arbeiten? Wie werden Interessen zwischen Arbeitsplatzhalt und Klimaschutz vermittelt? Wie überschreiten die geteilten Interessen der Wenigen den Horizont des eigenen Betriebs, sodaß die Demokratisierung ausgreifen kann in die Region, den Staat, die globalen Produktionsverhältnisse? Transnationale Netzwerke von Kooperativen und Genossenschaften könnten ökonomische Alternativen sein, Perspektiven auf eine solidarische Ökonomie.

Vor 70 Jahren:

Blockade von Leningrad

Im September 1941 hatten die Angriffsspitzen der deutschen Wehrmacht den Stadtrand von Leningrad und die Wiege der russischen Revolution von der Außenwelt abgeschnitten. Nur noch über den Ladogasee bestand Verbindung zum »großen Land«. Die Blockade währte 900 Tage. Sie muß schrecklich gewesen sein. Was die vier Millionen Menschen in Leningrad in diesen 900 Tagen erlebt und gelitten haben ist unbeschreiblich und unmenschlich. Die täglichen Rationen sanken auf 125 Gramm Brot pro Person. Menschen, die arbeiten konnten, erhielten 250 Gramm Brot und 15 Gramm Fett. Die Leningrader sind verhungert und erfroren. Eine Million Tote in 900 Tagen, das sind 1111 Tote pro Tag.

Die Wehrmachtsführung hatte gehofft, daß Epidemien ausbrechen, doch der Komsomol hat sich in aufopferungsvoller Arbeit bemüht, die Toten zu beseitigen. Unverzeihliches großes Leid hat das faschistische Deutschland den Menschen in der Sowjetunion angetan, was ewig in Erinnerung bleibt.

Die Kriegswalze, die sich auf die sowjetischen Großstädte zu bewegte, kehrte mit einer gewaltigen Härte für uns Deutsche bis nach Berlin zurück. Im Vergleich zu dem, wie die Deutschen in der Sowjetunion gehaust haben, war die Rote Armee sehr sehr human. Auch wenn heute oftmals anderes behauptet wird. Die Übergriffe, die es zweifellos gab, waren nichts gegenüber dem, was die Menschen der vom faschistischen Deutschland überfallenen Länder erleiden mußten.

Wenn jetzt wieder deutsche Soldaten über andere Länder herfallen, ob in Jugoslawien, Afghanistan oder anderswo, fragt man sich – wann wird das deutsche Volk endlich klug und wach?

NORBERT GLASKE

Wanderbücher und -karten

Die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. bieten nicht nur geführte Wanderungen, Radtouren und Kanutouren an. Es gibt auch umfangreiches Material für diese schönen Freizeitgestaltungen. Für 5 Euro gibt es das nagelneue Wanderbuch »Wanderwege-Wanderziele« von Klaus Schluchter, welcher sicher vielen als Baaseewirt und Wanderleiter bekannt sein dürfte. Die praktische Wanderkarte Bad Freienwalde und Umgebung (Maßstab 1:25000) kostet 5 Euro und ganz neu gibt es das Buch »Spaziergang durchs Tal der Liebe« für 4 Euro. Kostenfrei kann man die Deutsch-polnische Grenzzeitung »Die Brücke« erhalten. Die Publikationen sind bei den wöchentlichen Touren zu erhalten oder man kann sich diese für nur 1 Euro Porto/Verpackung zusenden lassen.

Mehr Informationen per Telefon unter 03344-333200 oder im Internet unter www.berg-frei.de Punkt Wanderkarten.

BERND MÜLLER

In Zentralasien unterwegs

Dagmar Enkelmann berichtete über ihre Reiseeindrücke

Einen interessanten Reisebericht über eine Delegationsreise von Bundestagsabgeordneten in die zentralasiatischen Republiken Tadschikistan und Kasachstan präsentierte Dr. Dagmar Enkelmann im Bernauer Stadtteilzentrum »Südstern«. Dr. Dagmar Enkelmann ist Vorsitzende der Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag, die regen Austausch mit Ländern in Zentralasien pflegt. Dazu gehört ein regelmäßiger Informations- und Erfahrungsaustausch mit Parlamentariern, Treffen mit den Botschaftern und Regierungsdelegationen der Länder Zentralasiens, wozu Kasachstan, Tadschikistan, Kirgistan, Usbekistan, Turkmenistan und auch die Mongolei gehören. Doch nichts, so Dagmar Enkelmann, könne einen Besuch in den Ländern selbst, den persönlichen Kontakt mit den Menschen ersetzen. »Reisen bildet und es weitet den Blick nicht nur für andere Völker und Lebensweisen, sondern sensibilisiert manchmal auch für Probleme im eigenen Land«, versicherte sie.



Tadschikistan braucht Entwicklungszusammenarbeit

Auch wenn Duschanbe, die Hauptstadt, wie ein Märchen aus Tausendundeiner Nacht erscheint, gehöre Tadschikistan heute zu den ärmsten Ländern der Region.

Was viele von uns gar nicht wissen: In den 90er Jahren habe es durch den Bürgerkrieg über 100.000 Tote gegeben. Deshalb sei den Tadschiken heute viel an friedlicher Entwicklung und wirtschaftlichem Aufschwung gelegen. Präsident Rachmon habe im Gespräch mit den deutschen Parlamentariern große Hoffnungen und Erwartungen an Entwicklungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik und der EU geäußert. Erste gemeinsame Projekte wie ein Berufsbildungszentrum, ein medizinisches Diagnosezentrum und eine Entbindungsklinik, wurden mit deutschen Entwicklungshilfeorganisationen realisiert. In der Entbindungsklinik mangle es an Baby-Erstausstattungen. Deshalb rief Dagmar Enkelmann dazu auf, solche Babysachen zu spenden. Die Freundlichkeit und Gastlichkeit der Tadschiken bei den Besuchen in Kliniken und Schulen sei überwältigend gewesen. Das Schönste an dem Land aber seien seine selbstbewußten,

qualifizierten Frauen, findet Dagmar Enkelmann. Sie hätten es allerdings auch sehr schwer, müßten oft ihre Familien alleine durchbringen. Fast eine Million Tadschiken wurden von Armut und Arbeitslosigkeit außer Landes getrieben, meistens nach Rußland. Schon dieser Verlust macht sich in dem nur sieben Millionen Einwohner zählenden Land deutlich bemerkbar. Dazu die Verluste des Bürgerkriegs von 1992 bis 1997: nahezu 100.000 Opfer – die Mehrheit von ihnen Männer.

Kasachstan reich an Rohstoffen, aber arm an Wasser

Kasachstan sei gesegnet mit Rohstoffen wie Erdöl, Kohle, Gold, Kupfer, Mangan, die allerdings oft von ausländischen Konzernen ausgebeutet werden. Das weite Steppenland, zwischen den Großmächten Rußland und China gelegen, die beide in Kasachstans Wirtschaft stark engagiert sind, suche auch die engere Kooperation mit der EU. Die Wirtschaft boomt und man suche händeringend nach Fachkräften. Präsident Nazarbaew erklärte im Gespräch mit den Bundestagsabgeordneten, daß man sich freuen würde, wenn deutsche Fachkräfte, die in den 90er Jahren aus Kasachstan nach Deutschland abgewandert seien, wieder zurückkehrten. Es gebe Fortschritte in der Minderheitenpolitik. So gäbe es heute deutsche Schulen und Zeitungen. In Almaty gibt es eine private Deutsch-Kasachische Universität, die in Kooperation. z.B. mit der FHTW Wildau Fachleute im Maschinenbau ausbildet. Die neue Metropole Astana (früher Zelinograd) glänzt mit einer entwickelten Infrastruktur aus moderne Stadt mit Stahl- und Glaspalästen und einem unglaublichen Blick auf die Bergketten des Altai.

Dennoch, auch in Kasachstan gebe es Probleme. Das größte sei die Austrocknung des Landes. Der weltweite Klimawandel und die jahrhundertelange Ausbeutung der natürlichen Quellen und Flüsse der Region für die Bewässerung der Flächen, insbesondere für den Baumwoll-Anbau, haben den sensiblen Wasserhaushalt der riesigen Steppengebiete nachhaltig gestört. Eine Katastrophe sei die Austrocknung des Aralsees, der früher das Wasserreservoir für alle fünf anliegenden Länder gewesen sei. Er ist in wenigen Jahren bereits um rund ein Drittel seiner Wasserfläche und seines Wasserreservoirs geschrumpft. Nicht nur im Interesse der Anliegerländer, sondern im Interesse des Weltklimas müsse hier gehandelt werden, so Enkelmann. Sie sei deshalb froh, daß die Michael-Succow-Stiftung aus Greifswald sich in Kasachstan in Klima- und Umweltschutzprojekten engagiere und habe sich auch gefreut, dort findige Fachleute aus ihrer Heimatstadt Strausberg zu treffen.

MARGOT ZIEMANN

Die Fliege und der Scheißhaufen

»Um zu helfen, setze ich mich auch auf jeden Scheißhaufen...« (Jürgen Fliege)

«Wie peinlich. Für den Scheißhaufen...« (Eulenspiegel)

Erst als die Zumutbarkeitsgrenze längstüberschritten war, trennte sich das Fernsehen von einer seiner unangenehmsten Figuren. Ex-Pastor Fliege machte dieselbe. Sein markenzeichen waren das permanente Betatschen meist weiblicher Studiogäste, geheucheltes Interesse am Schicksal von Leuten, die übel dran waren, schlecht gespielte Emotionalität und der final ausgestoßene Appell »Passen Sie gut auf sich auf!« Nicht weniger dämlich als der unsäglichen Nina Ruges Hoffnungsformel »Alles wird gut!« Als der maufflotte Edelmoralist beim Fremdgehen erwischt wurde, fragte man sich zweierlei. Erstens – was für eine Sorte Frauenzimmer das wohl gewesen sein mag, das sich diesem Seelenkasperle hingab, und zum zweiten – wie er es denn nun fürderhin mit dem Gewerbe des Sittenpredigers halten werde.

Während Michel Friedman in vergleichbarer Lage in von ihm gewohnter Züchtigkeit live Entschuldigungen in alle Himmelsrichtungen losließ, glatt und mies gemimt, macht Fliege den Versuch, durch eine Scheinhinrichtung seiner selbst samt Kniefall seinen Fans (und den Medien) allerallertiefste Reue zu bekunden. Und siehe – er durfte weiterhin auf Sendung bleiben. Nebenbei gastierte er als Vorleser und Dampfprediger in Kirchen und Gemeindehäusern, was er sich reichlich honorieren ließ. Auch im Barnim ging er um und machte gute Kollekte. Immer wieder setzte er, wohlkalkuliert, Szenen aus seinem bunten Pastorenleben ein, um totale Glaubwürdigkeit herzustellen. Mal habe er, und er legte sein spitzes Bubengesicht in tiefe Falten, angesichts einer Dame, die Trost suchte wegen des verstorbenen Vaters, nur mit halbem Ohr zugehört, denn gleichzeitig habe ihn der Gedanke (und damit der Teufel) geritten, dem schluchzenden Frauenzimmer ins Mieder zu greifen. Aber – wie seinerzeit Luthern im Wartburgzimmer sei ihm die Idee gekommen, »hebe dich hinweg« zu rufen. Mit diesem Bekunden unerhörter Ruchlosigkeit bediente er zweifache Kundschaft.

Nämlich die ihm in Ausübung des Lügengewerbes verwandte, immer auf was Ferkeliges

scharfe Bildzeitung und die in den Tiefflieger vernarrte Sekte seiner Zuschauer. »Er ist einer von uns, so absolut ehrlich, man muß ihm gut sein«, flötete eine derb geschminkte Vorsiebzigerin in die Kamera eines sogenannten Boulevardmagazins. Man wurde den Verdacht nicht los, daß sie selbst zu manchem bereit gewesen wäre, um die ebenedeiten Finger Flieges unter ihrem Büstenhalter zu genießen. Es muß ja nicht immer erst der Papa sterben...

Der barmherzige Samenritter, der inzwischen eine eigene Zeitschrift (»auf Drängen meiner vielen Freunde«) herausgab, rückte in großen Schritten ab vom Gewerbe des TV-Scharlatans, das gewiß nicht schlecht bezahlt wurde, und sah sich nach Pfründen um, die noch mehr Mammon einbrachten. Zunächst bot er Hellsehern, Fernheilern und -innen, raffinierten Gestalten, die mit Engeln verkehrten, was eine Frau Gattin eines Staatssekretärs allen Ernstes von sich behauptete, und ähnlichem Glichter Inserate in seinem Privatorgan an. Natürlich nicht für ein Vergeltsgott. Das brachte ihm – zunächst verhaltene – Mediensichelte ein und die ARD endlich zur Vernunft, zumal, wie verlautete, es auch »Unregelmäßigkeiten« mit ihm gegeben habe. Kurz und gut, Fliege flog – man war den üblen Vogel los.

Der aber war inzwischen ganz weg vom heiligen Job und in die Esoterikszene umgestiegen. In diversen Publikationen, vor allem in der Fliegenpostille, faselte er fortan von Zwischenwelten, Erleuchtungen, geistigen Urknallen, dem spirituellen Über- wie auch Unter-Ich, von Engelschuld und Teufelswerk. In den Salons der fetten Wahrsagerinnen und der gerissenen Weiber mit direktem Jenseitskontakt lagen und liegen seine Schwarten aus, eine Hand wäscht die andere. Und in einem Land, in dessen westlichen Regionen um die 60 % der Leute an die Existenz des Teufels und gar über 80 % an die Übersinnlichkeit glauben, muß das Geschäft mit der Dummheit ein profitables sein. Gehen nicht sogar Minister zur Zukunftsehellerin? Hat nicht erst neulich die Kleiderständlerin Claudia Schiffer ihr Schloß entgespenstern lassen? Möglich, daß ein Satanssendling die unreinen Passagen in des Freiherrn Doktorarbeit geschmuggelt hat – man weiß es nicht.

Fliege liegt inzwischen auf der Lauer und wartet darauf, daß ihm irgendeine deutsche Mineralwasserfirma ein unmoralisches Angebot macht. Neuerdings nämlich füllt er Leitungswasser in Flaschen, macht ein bisschen bigotten Hokusfokus über jeden Kasten voller Pullen und verkauft das Zeug für mehr als 20 Euro pro Stück. Es soll mal einen gegeben haben, der Wucherer aus dem Tempel getrieben hat. Aber das war, falls es wahr ist, früher. Und nicht in Deutschland.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Was sonst noch passierte...

Papa Ratz kömmt

Der Besuch des Vizegottes kostete das deutsche Volk wenigstens 35 Millionen Euro. Steuergelder, die von Katholiken, Protestanten und Atheisten aufgebracht wurden.

Als Ende des vorigen Jahres die katholische Kirche wiederum gutgläubige und gut gläubige Kinder zum Almosensingen losschickte, um Geld für die hungernden Altersgenossen in Afrika einzubitten, trug ein Kölner Knabe ein Schild vor sich her: »Schon mit 100 Euro retten Sie ein Baby im Sudan vor dem Tod.«

Wär das nicht eine schöne Matheaufgabe für christliche Gymnasien: Rechnet aus, liebe Mädchen und Jungs...

Vorwärts, und nichts vergessen

Der Tag ist nahe, da es in Brandenburg samt Schorfheide und Odertal mehr Windräder als Bäume geben wird und weniger Grünflächen als Sonnenreflektorenfelder. In dieser Wohlfühl Landschaft wird es wirbeln und glitzern allenthalben, es wird schnurren und glänzen. Die paar Touristen, die wegen der unverderbten Natur und der Kraniche und der alten Eichen herkamen, werden es wie die Schwaben im Spätsommer machen, sie werden gen Malle ziehen, wie die TUI-Abonnenten es schon ewig tun. Ganz vorneweg im Fordern immer neuer Windkraftanlagen und im Schrei nach mehr und mehr Lichteinfägern ist eine Truppe, die sich nach der schwindenden Farbe der Wälder, Wiesen und Wacholderheiden genannt hat.

Als es nach der Wende erste Ansätze gab, im Umland von Schwedt die Windmühlen der Neuzeit zu installieren, jaulten die famosen Natur- und Heimatbewahrer auf und warnten permanent und in allen Medien vor der Verspargelung der Landschaft. Dabei waren die sie außerordentlich erfindungsreich und entdeckten hinter Angermünde sogar Trappen, die man nicht gefährden dürfe. 1924 war der letzte dieser Großvögel dort gesichtet worden – sei es drum. Nunmehr: Vorwärts zur Tilgung der Seeadler, der nachhaltigen!

Saure-Gurken-Zeit

Möglich, daß es heuer Einbußen im Geschäft mit »Original Spreewälder Gurken« kommen wird. In Bulgarien ist die Gurkenernernte nämlich schlecht ausgefallen.

Abgelehnt

haben die Chefs einiger Supermarktketten, aus Belorußland importierte und zu Hochpreisen angebotene Pfifferlinge statt in Gramm in Gamma zu beschildern. Tschernobyl liege ja mit zehn Kilometern Abstand zur weißrussischen Grenze ausreichend entfernt von den Sammelrevieren.

2. Nachtflohmärkte

Eberswalde (nobis). Am 15. Oktober in der Eberswalder Stadthalle »Hufeisenfabrik« im Familiengarten erneut das beliebte Nachttrödeln angesagt. Flohmärktefans haben sich diesen Termin schon lange vorgemerkt. An zahlreichen Ständen wird angeboten was Keller und Dachboden so hergeben, Antikes und Gebrauchtetes, von A wie Ansichtskarten bis Z wie Zollstock. Auch Hausrat, Kindersachen, Spielzeug, Bücher, Sammlerdinge u.v.m. gilt es zu durchstöbern, eine Schnäppchenfundgrube also für Groß und Klein. Öffnungszeit für Besucher 16 bis 23 Uhr.

Heraus zum 15. Oktober!

Die aktuelle Krisenpolitik ist unsozial und unsolidarisch – deshalb hat die spanische 15M-Bewegung, deren Ursprung bei den spanischen Protesten vom 15. Mai liegt, für den 15. Oktober 2011 zu einem internationalen, dezentralen Aktionstag gegen die vorherrschende Krisenpolitik und für echte Demokratie aufgerufen.

An diesem Aktionstag werden wir uns intensiv beteiligen. In vielen Städten bereiten Attac's dezentrale Aktionen vor. Außerdem lädt Attac zu diesem Anlaß zu einer Krisenanhörung nach Berlin ein. Gemeinsam mit Menschen aus besonders hart von der Krise betroffenen Ländern sowie Expertinnen und Experten wollen wir den Ursachen der europäischen Schuldenkrise auf den Grund gehen, Alternativen zur Krisenpolitik der EU diskutieren und widerständige Aktivitäten entwickeln. Denn: Es gibt Alternativen zu den harten Kürzungsmaßnahmen – wir müssen sie nur gemeinsam voranbringen!

Um diese Aktionen organisieren und durchführen zu können, brauchen wir Deine und Ihre Unterstützung! Stärkt das Engagement von Attac an diesem Aktionstag bitte mit einer Spende! Ohne eine finanzielle Grundlage kann Attac sich nicht so effektiv einbringen, wie es gerade jetzt notwendig ist! Helfen auch Sie, hilf auch Du uns mit einer Spende dabei, den Europäischen Aktionstag zu einem Erfolg zu machen!

Unter www.attac.de/solidarisches-europa geht das mit wenigen Klicks ganz leicht online. Vielen Dank für Ihre und Eure Unterstützung!

STEPHAN LINDNER, www.attac.de/europaweiter-aktionstag

Nazi-Strukturen in Barnim

12.10., 18.30 Uhr: Plenarsaal im Kreishaus Eberswalde

Von »nationaler« Jugendarbeit und vermeintlich bürgernahen Parteien über militante Kameradschaften und neonazistische Subkultur bis hin zu zwei Toten auf Grund von neonazistischer Gewalt – Nazi-Strukturen finden im Landkreis Barnim vielfältige Formen. Ein Referent des Apabiz e.V. geht auf die Entwicklung der Nazi-Strukturen im Landkreis ein und beleuchtet die Rolle im Land Brandenburg.

»Frauen in der Naziszene«

19.10., 18.30 Uhr: Treff 23 Bernau

Sie engagieren sich in den Kommunen als Elternvertretungen, in Krabbelgruppen oder in anderen pädagogischen Bereichen und sind für die Erziehung des Nachwuchses verantwortlich. Welche Rolle die Frauen in der Naziszene einnehmen, welchen Einfluss sie haben und was das mit Emanzipation zu tun hat, soll an diesem Abend gezeigt werden.

»Meinungsfreiheit und ihre Grenzen«

5.11., 10-17 Uhr: Exil Eberswalde

Wie weit diese Grenzen gehen, ob und wann sie überschritten werden und welche Rolle die Inszenierung von Tabubrüchen spielt, ist Gegenstand des Seminars. Die aktuelle »Sarrazin-Debatte« bietet Anlaß, sich mit den Grenzen der Meinungsfreiheit auseinander zu setzen.

Teilnahme nur mit Anmeldung möglich (& Beitrag von 10 Euro)!

Klima & Co

Zeitbild-Verlag und BP rufen bereits das dritte Mal zum Klimaschutz-Wettbewerb »Klima & Co« auf. Dabei geht es um das Entwickeln von Ideen zum Energiesparen. Teilnehmen können alle Schulformen ab der Jahrgangsstufe 5. Info unter 03338/459543 oder per Mail unter wkb-d.enkelmann@t-online.de. **BÄRBEL MIERAU**

Veranstaltungen der Buchhandlung Mahler

28. Oktober: 19 Uhr, Märchenvilla Eberswalde
Lesung mit Täve Schur
Täve. Die Autobiographie

25. November: 19 Uhr, Märchenvilla
Gojko Mitic & Prof. Eberhard Görner
In Gottes eigenem Land

16. Dezember: 19 Uhr,
Lesung mit Ernst-Georg Schwill

Das Team der Buchhandlung Mahler

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Lindner, Markmann (4), Mierau (2), Müller, Richter

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktionsschluß: 6. Oktober 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 3.11.2011, 12 Uhr.